VR China: Massenkritik an Konfuzius Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 27 vom 6. Juli 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Hetzlügen und Terror können die Wahrheit nicht unterdrücken

Es ist die Polizei, die mordet

Langsam wird am Montagabend, den 24.6., in der Spätausgabe der Tagesschau ein großes Messer aus der Scheide gezogen. "Die Kommunisten kamen mit Knüppeln, Rohren und Messern" heißt es am nächsten Tag in der Bildzeitung. Die "Frankfurter Rundschau" meldet den "Fund" von Schußwaffen bei einer "Demonstration der KPD/ML in Duisburg."

So hetzt die bürgerliche Presse über die Beerdigung des von der Polizei erschlagenen Genossen Günter Routhier. Gleichzeitig werden in München und Augsburg ROTE MORGEN beschlagnahmt, in Essen und Duisburg Extrablätter des ROTEN MORGEN über den Bürgerkriegseinsatz der Polizei am Tag von Günters Beerdigung in Duisburg.

Die Polizei hat einen Arbeiter, ein Mitglied unserer Partei, ermordet. Sie hat planvoll und bewußt den Tag seiner Beerdigung zum Tag der "Kommunistenjagd" erklärt. So wird nach Informationen aus Duisburg den Schulen am Montag morgen empfohlen, die Kinder früher nach Hause zu schikken, damit sie nicht in eine 'Auseinandersetzung" geraten. Während Genossen aus Bielefeld bereits um 8.15 Uhr verboten wird, nach Duisburg zu fahren, weil der angekündigte Trauerzug verboten sei, ist in Duisburg zu dieser Zeit alles ruhig. Die Polizei wartet ab, bis sich die Teilnehmer des Trauerzuges versammelt haben. Erst dann, um 11 Uhr läßt sie das schriftliche Verbot des Trauerzuges überbringen. Aber an die falsche Adresse. Frau Routhier, die den Trauerzug angemeldet hatte, erhält kein Verbot. Wenige Minuten später beginnt dann der Knüppeleinsatz gegen die versammelten Trauergäste, beginnt der Bürgerkriegseinsatz der Polizei, der bis in den späten Abend andauert.

Die Duisburger Bevölkerung ist empört und entsetzt über den Polizeiterror. Und sie ist gleichzeitig tief beeindruckt, wie trotzdem Tausende von Menschen — trotz allem Terror — in einem eindrucksvollen Trauermarsch zum Friedhof ziehen, wie sie dort schweigend ihrem Genossen die letzte Ehre geben und ihn schließlich unter den Klängen der Internationale ins Grab senken.

Die Polizei hat einen Kommunisten ermordet. Sie hat mit ihrem Terror selbst vor seinem Grab nicht haltgemacht und einen bisher beispiellosen Terror gegen unsere Partei entfaltet. — Aber sie hat Angst, vor der Bevölkerung zu ihren Taten zu stehen. Sie fürchtet — nach all ihrem Terror, — die Partei mehr als zuvor. Denn, betroffen von der kaltblütigen Ermordung eines Kommunisten, entsetzt über den Polizeieinsatz, bei dem die Bevölkerung teilweise am eigenen Leib spürte, daß die Polizei hier den Gegner am Boden liegen sehen wollte, sieht so mancher die Kommunisten in einem anderen Licht. Illusionen über die Gerechtigkeit dieser Gesellschaftsordnung, Illusionen über die Vernunft der herrschenden Klasse zerbrechen. Und auf dem Hintergrund der täglichen Erfahrungen im Klassenkampf reift in so manchem der Gedanke heran, daß es tatsächlich für die Arbeiterklasse, für die Werktätigen, keinen anderen Weg zur Befreiung gibt als den gewaltsamen Weg, den Weg der bewaffneten Revolution.

Um dieses wachsende Vertrauen in die Partei zu erschüttern, schreckt die Bourgeoisie vor keiner Lüge zurück. Sie läßt über die Presse die Schuld am Tod des Genossen Günter leugnen und verbreitet über ihre Achtgroschenjungs die unglaubliche Lüge, Pit, der Sohn Günter Routhiers selbst, habe seinen Vater die Treppe hinuntergestoßen, um einen Märtyrer für seine Partei zu schaffen.

Am liebsten wäre ihr, sie könnte einen "Märtyrer" aus den Reihen der Polizei präsentieren. Weil sie aber kein "Kommunistenopfer" hat, verbreitet sie die Lüge vom "geplanten Polizeimord." "Heute soll ein Polizist umgebracht werden", konnte man am Montag im Polizeifunk hören. "Während dieser Beisetzung forderten die Demonstranten in Flugblättern, Zeitungen und Plakaten den Tod eines Polizisten als Vergeltung" — konnte man am nächsten Tag im Münsterischen Anzeiger lesen.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Mit faschistischem Terror ging die Polizei gegen die Trauergäste vor.

Freispruch für den Genossen Ernst Aust!

Am Mittwoch begann vor dem Landgericht in Würzburg die Berufungsverhandlung gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust. Weil am 23.10.72 im ROTEN MORGEN zu lesen war, daß bei dem Massaker von Fürstenfeldbruck nicht nur arabische Freiheitskämpfer, sondern auch die israelischen Geiseln von der Polizei erschossen wurden, erhielt Genosse Ernst bereits einen Strafbefehl über 5 400 DM. Aus Angst, daß in einem Prozeß Genosse Ernst die Wahrheit über Fürstenfeldbruck klipp und klar beweisen würde, verhinderte die bürgerliche Klassenjustiz, daß er am ersten Prozeß in dieser Sache teilnehmen konnte.

Nun müssen sie sich diese Wahrheit allerdings doch anhören. In drei Beweisanträgen beweist Genosse Ernst, daß die Geiseln tatsächlich Opfer der Polizei wurden, zeigt er darüber hinaus, daß ihre Ermordung kein Zufall war, sondern genau wie der Tod unseres Genossen Günter Routhier, das Ergebnis von Polizeieinsätzen, die immer mehr auf die direkte, physische Vernichtung von Kommunisten und anderen Klassenkämpfern abzielen.

Wir werden im nächsten Roten Morgen ausführlich über diesen Prozeß berichten.

ROTER MORGEN BESCHLAGNAHMT!

Die Polizei jagt Flugblätter und Plakate, die die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter Routhier verbreiten. Und sie versucht auch, den Verkauf des ROTEN MORGEN, des Zentralorgans unserer Partei, zu behindern.

In **Augsburg** werden vor zwei Betrieben Exemplare des ROTEN MORGEN beschlagnahmt. Ein Flugblatt, das am nächsten Tag dazu verteilt wird, holt sich die Polizei ebenfalls. Wegen "Aufruf zu strafbaren Handlungen" sollen die Verteiler angezeigt werden.

In **Selb** bei Nürnberg nimmt die Polizei Genossen gewaltsam den ROTEN MORGENund Plakate ab. Der Beschlagnahmebescheid für den ROTEN MORGEN stammt aus Duisburg, der Stadt, in der Genosse Günter ermordet wurde.

In München dringen Polizisten in den Buchladen der Partei ein. Sie beschlagnahmen sämtliche Exemplare des ROTEN MORGEN und fragen frech nach der Dokumentation, die die Partei zum Mord an Genossen Günter Routhier herausgegeben hat.

In **Essen** beschlagnahmen auf einer Kundgebung am Samstag, 29.6., uniformierte Polizisten das Extrablatt des ROTEN MORGEN, mit dem Titel: "Ihr Terror macht vor dem Grab nicht halt".

Die Bourgeoisie versucht, im ganzen Bundesgebiet den Verkauf des ROTEN MORGEN zu behindern. Das ist ein Angriff auf die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda. Das ist ein neuer Anschlag auf die Partei, dem wir entschieden entgegentreten.

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!
HÄNDE WEG VOM ROTEN MORGEN!

Freundschaftspose täuscht die Völker nicht

Nixon in Moskau: Moskauer Schulkinder müssen auf Geheiß der neuen Zaren zu seinem Empfang US-Fähnchen schwenken. Nixon und Breschnew beschwören die Freundschaft der beiden Supermächte. Die 'Prawda' schreibt, der Nixonbesuch sei ein ‚Meilenstein auf dem Wege zur Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und ein wichtiger Beitrag zur Vertiefung der internationalen Entspannung." Was ist davon zu halten, wenn die höchsten Repräsentanten der beiden Supermächte sich vor aller Welt so in den Armen liegen?

Lassen wir die Moskauer Rührszenen einmal beiseite und wenden wir uns den Tatsachen zu: Vor seiner Moskaureise war Nixon in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens, um dort den in der Rivalität zum SU-Imperialismus gewachsenen Einfluß des US-Imperialismus in diesen Ländern zu demonstrieren. Breschnew seinerseits meldete gleichzeitig die Herrschaftsansprüche der sowjetischen Sozialimperialisten über die Länder des Nahen Ostens an: Mit Ägyptens Staatspräsident Sadat ließ er ein Treffen für die nahe Zukunft anberaumen. die Regierung Syriens erhielt noch vor dem Nixonbesuch eine Botschaft der neuen Zaren. Praktisch auf dem Weg nach Moskau machte Nixon noch in Brüssel Station, um die neue ‚Atlantische Erklärung" der Nato zu unterzeichnen, in der die US-Imperialisten ihre Bündnispartner erneut auf eine gemeinsame Frontstellung gegen den sowjetischen Sozialimperialismus eingeschworen haben.

Wenn Nixon und Breschnew sich in Moskau in Freundschaftspose präsentieren, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß im gegenseitigen Verhältnis der beiden Supermächte längst deren Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft zur Hauptseite geworden ist. Nixon und Breschnew werden auch bei den Moskauer Gesprächen trotz aller ‚Kommuniques' und ‚Abkommen" in den entscheidenden Punkten keine gemeinsame Haltung finden können. Selbst bei von den beiden Supermächten stets gemeinsam propagierten Vorhaben bre-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Zionisten überfallen erneut den Libanon

Mit Bomben, Raketen und Bordwaffen haben israelische Jagdbomber erneut den Libanon angegriffen und palästinensische Flüchtlingslager bombardiert. Drei Tage lang hintereinander flogen sie ihre Angriffe der verbrannten Erde: Napalm- Phosphorbomben, Gasbomben, Sprengbomben wurden über den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon abgeworfen, in denen weitgehend schutzlos tausende Menschen in Zelten und Wellblechhütten dem zionistischen Bombenterror ausgeliefert sind. Nicht einmal vor Krankenhäusern machten die barbarischen Angriffe der Zionisten halt. In Tyr wurde ein palästinensisches Krankenhaus zerbombt, Patienten und Personal getötet. Unter weiterenKrankenhäusern, die zerstört wurden,befindet sich auch eine Klinik des Roten Halbmondes.

Die Angriffe der israelischen Zionisten erfolgten nur wenige Stunden, nachdem Nixon seine "Friedensreise' in den Nahen Osten beendigt hatte und wieder abgeflogen war. Noch bevor Nixon den Nahen Osten verließ, hatte er in einem Abschlußcommunique den Zionisten noch einmal seine Unterstützung bei den auf die Palästinenser hervorgehoben. In dem Communique heißt es, daß jeder Staat im Nahen Osten die Pflicht habe, "Organisationen irregulärer Truppen, bewaffneter Banden und Söldner" von Einfällen in das Gebiet anderer Staaten abzuhalten.

Aus dem Jargon der Imperialisten übersetzt heißt das nichts anderes, als daß die US-Imperialisten die Angriffe der Zionisten gegen die palästinensischen Befreiungskämpfer, die für die Verjagung der israelischen Zionisten aus Palästina kämpfen, unterstützen, und daß Israel unter dem Vorwand, gegen palästinensische Freiheitskämpfer vorzugehen, jederzeit arabische Länder wie den Libanon überfallen dürfen.

Die libanesische Regierung hat gegen diese Angriffe schärfstens protestiert und eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates beantragt, auf der die israelischen Luftangriffe erörtert und verurteilt werden sollen. Die Lösung der Zionisten im Nahen Osten hat in Wahrheit niemals 'Friedensabkommen" oder "Verständigung" geheißen, sondern völlige Vernichtung des palästinensischen Volkes und Krieg gegen die arabischen Länder. Kurz nach den erneuten Überfällen auf den Libanon haben die Zionisten wiedrum betont: "Für unsere Nachbarn ist wichtig zu wissen, daß wir die Möglichkeit nicht ausschließen, Krieg zu beginnen, wenn sich bestimmte Umstände ergeben sollten." Zugleich sind die Zionisten dabei, in den USA über neue Waffenlieferungen (Jagdbomber vom Typ F-14 und F-15) im Werte von 7,5 Milliarden Dollar zu verhandeln.

Das entlarvt deutlich sämtliches Friedensgeschrei der beiden Supermächte, die bisher geschlossenen Abkommen als Heuchelei, als Lüge die den arabischen Völkern Sand in die Augen streuen soll. Für die arabischen Völker und insbesondere für das palästinensische Volk gibt es und wird es keine friedliche Lösung geben. Ein Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) erklärte daher erneut, das Problem der Palästinenser werde "nicht durch Worte und Friedensgesänge, sondern mit den Waffen der Palästinenser" gelöst werden. 'Wir werden unsere Lager befestigen, unsere Verteidigung verstärken, und die bewaffnete Revolution wird bis zum Siege fortgesetzt werden."

Fortsetzung von Seite 1

Nixon in Moskau



Freundschaftspose täuscht die Völker nicht.

chen die Widersprüche auf: So wird es keinen neuen „Waffenkontrollvertrag" (SALT-Abkommen) geben. Im Gegenteil: Gerade rechtzeitig zur Moskaureise Nixons schlugen US-Militärexperten Alarm, weil der US-Imperialismus durch das Abkommen von 1972 gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus an militärischer Stärke verloren habe. Und auch die Frage der sogenannten „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" wird durch die verschärfte Rivalität der beiden Supermächte bestimmt: Beider Hauptinteresse besteht vor allem darin, zu versuchen, in den Einflußbereich der anderen Supermacht einzudringen.

Alle schönen Redensarten in Moskau können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten sich auf der ganzen Welt, besonders aber in Europa und auf dem Boden unseres Vaterlandes bis auf die Zähne bewaffnet gegenüberstehen. Von ihnen kann keinesfalls irgendein Beitrag zum Frieden in der Welt ausgehen, vielmehr ist gerade ihr erbittertes Ringen um die Weltherrschaft die Hauptquelle für die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges.

Die D'K'P-Revisionisten aber jubeln dennoch über die ‚wichtige Bedeutung solcher Gipfeltreffen", schwärmen von ‚Entspannung" und der „Beseitigung militärischer Gefahr." Wie wir bereits im letzten Roten Morgen berichteten, behaupten sie sogar, daß die Gespräche zwischen Nixon und Breschnew im Interesse der Völker lägen. Damit wollen sie einmal von der Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges ablenken, um ihre ‚Theorie' vom „vernünftig und friedlich" gewordenen Imperialismus an den Mann zu bringen, zum anderen wollen sie vertuschen, daß die Sowjetunion selbst heute eine aggressive imperialistische Supermacht ist. Drittens aber tritt der moderne Revisionismus auf diese Weise im internationalen Maßstab gegen den Kampf der unterdrückten Völker auf, indem er die Verhandlungen zwischen den Imperialisten zum entscheidenden Faktor für die Zukunft der Völker erklärt.

Der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, besonders die weltweite Front gegen die beiden Supermcähte aber sind es gerade, die Nixon und Breschnew zur Umarmung zwingen. Durch den großen Aufschwung, den dieser Kampf an allen Fronten genommen hat, sehen die beiden Supermächte ihre Vormachtstellung täglich mehr gefährdet. Im Kampf gegen die Völker versuchen sie gemeinsam vorzugehen, ohne dabei ihre Rivalität im Kampf um die Vorherrschaft aus den Augen zu verlieren. So haben sie einerseits durch gemeinsamen Druck einige Regierungen arabischer Länder an den Genfer Verhandlungstisch und zur Unterzeichnung sogenannter „Truppenentflechtungsbakommen" gezwungen, aber gleichzeitig hat jede der beiden Supermächte versucht, ihren Einfluß in Nahost zu vergrößern.

Auch die Moskauer Gesrpäche haben vor allem die Aufgabe, gewisse gemeinsame Vorgehensweisen gegen die kämpfenden Völker aber auch gegen schwächere imperialistische Konkurrenten abzusprechen. So sollen die Gespräche über die sogenannten „Rüstungsbeschränkungen" vor allem verhindern, daß die kämpfenden Völker auch waffentechnisch weiter an Stärke gewinnen. Das Abkommen über die Zusammenarbeit in Energiefragen richtet sich vor allem gegen den wachsenden Zusammenschluß der erdölproduzierenden Länder.

Nixons und Breschnews „Freundschaftsschwüre" aber werden weder die Völker der Welt über die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges täuschen, noch ihrem Kampf gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, Einhalt gebieten können.

Fortsetzung von Seite 1

Es ist die Polizei, die mordet

Um diese Vergeltungstheorie glaubhaft zu machen, ließ die Polizei die bürgerliche Presse den Trauerzug in eine waffenstarrende Demonstration verwandeln. Alle Zeitungen berichteten am nächsten Morgen über gefundene Hieb- Stich- und Schlagwaffen, beschrieben das ominöse Schlachtermesser. Wohlweislich verschwieg die Polizei, wo sie dieses Messer gefunden hatte. Bis heute hat sie – obwohl von der Partei aufgefordert – noch nicht gewagt den Namen des Besitzers zu nennen. Groß herausgestellt wurden von der bürgerlichen Presse auch die "besonders zugespitzten Stangen'. Besonders zugespitzte Stangen fand man allerdings bei den Teilnehmern des Trauerzuges nicht. Sie trugen vorgefertigte Stangen der einschlägigen Firma, die auch die Fahnen der Partei mit Hammer, Sichel und Gewehr auf einem gelben Spartacusstern geliefert hatte. Dafür konnten Genossen solche präparierten Stangen im Polizeipräsidium sehen.

In die gleiche Richtung wie diese "Vergeltungstheorie" gegen einen Polizisten ging auch ein Gerücht, das die Polizei am Montag ausstreuen ließ, nachdem die KPD/ML angeblich vorhatte, an diesem Tag das Kaufhaus Quelle in die Luft zu sprengen.

Alle diese Lügen sollen einmal den faschistischen Terror der Polizeiarmee des Kapitals vergessen machen und die Kommunisten als die Urheber des Terrors hinstellen. Sie dienen aber hauptsächlich dazu den revolutionären Kampf der Partei vor den Massen zu diffamieren.

Wo die Massen beginnen, der Partei zuzustimmen, wenn sie sagt: "Auf die konterrevolutionäre Gewalt der Bourgeoisie muß mit der revolutionären Gewalt der Massen geantwortet werden', da will ihnen die Polizei einreden, die Partei wolle gar nicht die Gewalt der Massen, sondern den individuellen Terror. Heute stellt sie als „Opfer" eines solchen Terrors einen Polizisten hin, morgen wird sie sagen – wie es bei der RAF schon geschehen ist – daß dieser Terror sich gegen das Volk selber richtet. Ihre besten Helfer bei dieser Lügenpropaganda sind die moderenen Revisionisten, die in der UZ scheinheilig den Polizeiterror verurteilen, nur um gleichzeitig den Kommunisten die Schuld daran in die Schuhe zu schieben.

Keine Kommunistische Partei wird den individuellen Terror jemals zur hauptsächlichen Form der revolutionären Gewalt erklären. Denn die Massen brauchen die Kommunistische Partei nicht, um einzelne Polizisten zu bestrafen. Sie brauchen sie, um unter ihrer Führung in der sozialistischen Revolution den kapitalistischen Unterdrückerstaat zu zerschlagen. Sie brauchen sie, um unter ihrer Führung die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Genosse Günter, wir werden Dich rächen – Revolution ist unser Versprechen.

Ausverkauf der Interessen des jugoslawischen Volkes

In seiner Begrüßungsansprache hob Heinemann hervor: Die Bundesrepublik begrüße mit Tito das Staatsoberhaupt eines modernen Jugoslawiens, dessen eigenständiges Gesellschaftssystem, die Arbeiterselbstverwaltung, „in unserem Land – bei allen ideologischen Unterschieden – große Beachtung findet".

Die Beachtung der westdeutschen Imperialisten ist in der Tat so groß, daß bereits vor dem Tito-Besuch ein 700 Millionen-Kredit für Jugoslawien unterzeichnet wurde.

Daß der 700 Millionen-Kredit von den westdeutschen Imperialisten mit langer Laufzeit (30 Jahre) und relativ niedrigem Zinssatz (3%) gewährt wird, ist dabei kein besonderes Entgegenkommen. Vielmehr ist zwischen der jugoslawischen Führung und den westdeutschen Imperialisten vereinbart worden, daß durch den Kredit die Wiedergutmachungsschulden der westdeutschen Imperialisten an Jugoslawien aufgehoben werden sollen. Statt daß das jugoslawische Volk also für die Greueltaten des deutschen Imperialismus entschädigt wird, hat es also erneut die deutschen Imperialisten im Nacken.

Die „große Beachtung" der westdeutschen Imperialisten für Jugoslawien hat aber auch noch einen anderen Grund. Durch Investitionen dort wollen sie sich einen Vorposten in den Fanggründen des sowjetischen Sozialimperialismus ergattern, ihren Einfluß in Osteuropa ausbauen.

Tito ist offensichtlich bereit, dieses Spiel der westdeutschen Imperialisten mitzuspielen und er hat seinen Grund dafür: Die revisionistische Führung Jugoslawiens hat soweit abgewirtschaftet, daß sie nur durch Unterstützung ausländischen Kapitals, durch den völligen Ausverkauf der Interessen des Volkes sich an der Macht halten kann.

Der Titoismus mit seinem – wie Heinemann es nannte – „eigenständigen Gesellschaftssystem", mit seinem revisionistischen Kurs der „Arbeiterselbstverwaltung" hat die Wirtsthaft Jugoslawiens so tief in den Bankrott geführt, daß das „moderne" Jugoslawien nur durch ausländisches Kapital dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgehen kann (siehe auch RM Nr. 24).

Den westdeutschen Imperialisten ist dies nur recht. Sie nutzen die Möglichkeit, um mit ihrem Kapital in die jugoslawische Wirtschaft einzudringen und die jugoslawischen Arbeiter, die bereits in Westdeutschland als „Gastarbeiter" zu Hunderttausenden ausgebeutet werden, nun auch noch in ihrer Heimat zu plündern. So spielte auch bei den Verhandlungen mit Tito für die westdeutschen Imperialisten die Frage eine wichtige Rolle, daß die Profite, die das westdeutsche Kapital in Jugoslawien herauspreßt, auch aus dem Lande abgezogen werden dürfen und nicht in Jugoslawien wieder angelegt werden müssen. Tito sicherte eine baldige entsprechende Regelung zu und verkaufte damit erneut die Interessen des jugoslawischen Volkes.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/ 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Auf Antrag des Betriebsrats:

Günther Wagner entlassen

Am 28.6. erhält Günther Wagner, Arbeiter bei Thyssen und Mitglied der KPD/ML, seine Kündigung. Eine Woche vorher hatte sich der Betriebsrat zu einer Sondersitzung getroffen und die Entlassung des Kollegen Wagner beantragt. Grundlage dafür ist das „Betriebsverfassungsgesetz", das es dem Betriebsrat „erlaubt", bei ‚mehrfachem unsozialen und gesetzwidrigen Verhalten" die Kündigung eines Arbeiters zu beantragen.

Als Kündigungsgrund nennen die Thyssenkapitalisten das Auftreten des Genossen Günther auf zwei Betriebsversammlungen. Schwere Störung des Betriebsfriedens. Auf der letzten Betriebsversammlung haben Genosse Günther und ein anderer kommunistischer Kollege zu den brennenden Problemen der Thyssenarbeiter Stellung genommen: Zum niedrigen Lohn, zur Rationalisierung, zur Arbeitshetze, zu den tödlichen Unfällen der letzten Zeit. Doch sobald sie darauf eingehen, welche Rolle die IGM-Führer bei der Ausbeutung und Unterdrükkung der Kollegen spielen, sobald Genosse Günther darauf eingehen will, daß all diese Probleme ihre Ursache in der kapitalistischen Profitwirtschaft haben, wird ihhen das Wort verboten.

Was der Betriebsrat nicht verhindern kann, ist, daß das Auftreten der beiden Kommunisten im Betrieb verbreitet wird, die Kollegen empört sind über das Vorgehen des Betriebsrats. Der Betriebsrat antwortete mit Hetze und Druck. So ruft er z.B. die Meister zusammen und geht in die Abteilung des kommunistischen Kollegen Fritz. Jeder Kollege wird einzeln befragt. ob er tatsächlich – wie Fritz gesagt hat – einen Kommunisten beauftragt hat, zu reden. Der Betriebsrat erntet eine Abfuhr nach der anderen. Die Kollegen bleiben dabei, daß sie Fritz beaufrtagt haben, die Probleme ihrer Abteilung zur Sprache zu bringen.

Diese Haltung ist für die Thyssenkapitalisten ein Alarmsignal. Sie beschließen die Entlassung des Kommunisten Wagner, die sie bereits seit Monaten Hand in Hand mit dem IGM-Apparat vorbereiten. Sie hatten Günther Wagner bereits im Herbst 1973 entlassen, als er vor der Haustür verhaftet und von der Polizei verschleppt worden war. Doch angesichts der Empörung der Kollegen und des entschlossenen Kampfes der Partei müssen sie einen Rückzieher machen und Genossen Günther wiedereinstellen. Doch ihre Entlassungspläne haben sie damit nicht aufgegeben. Als Günther Wagner im Januar Vertrauensmann seiner Abteilung werden soll, wird er versetzt. Er soll von seinen Kollegen isoliert werden, die sich am konsequentesten für ihn eingesetzt haben. Wenig später wird er aus der IGM ausgeschlossen. Schon jetzt rechnen seine Kollegen mit der Entlassung. Aber die Thyssenkapitalisten warten noch ab. Noch einmal wird Genosse Günther versetzt. Erst jetzt wagen sie es – mit seinem offenen Auftreten als Kommunist auf der Betriebsversammlung als Vorwand – mit Unterstützung des Betriebsrats, Genossen Günther zu entlassen.

Die Partei wird diese politische Entlassung nicht kampflos hinnehmen. Auch wenn diesmal die Wiedereinstellung des Genossen Günther nicht erkämpft werden sollte – so wird auf jeden Fall für so manchen Kollegen angesichts dieser Zusammenarbeit von Staat, Kapital und IGM-Apparat klarer werden, daß es im Kampf gegen die politische Unterdrückung tatsächlich keinen anderen Weg gibt als den revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger.



Herbst 1973: Demonstration für die sofortige Freilassung des verschleppten Genossen Günther Wagner.

D'K'P verfälscht Thälmann

Unter dem Titel „Sie verlangt vollen Einsatz, viel Geduld und Hartnäckigkeit' veröffentlichte die UZ einen Artikel, in dem Gedanken und Hinweise Ernst Thälmanns zur Gewerkschaftsarbeit zusammengefaßt sein sollen. Zusammenfassung? Die erste Hälfte des Artikels besagt nicht anderes, als daß Ernst Thälmann immer wieder die Notwendigkeit der geduldigen und hartnäckigen Kleinarbeit bei der Gewerkschaftsarbeit betont hat. Der zweite Teil hingegen berichtet nur über Thälmanns Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaft im Sozialismus. Aber welche Aufgaben haben die Kommunisten in den Gewerkschaften? Was hat Thälmann dazu gesagt? Wie war der Standpunkt dieses großen Führers der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Frage? Da schweigen die Revisionsiten, da halten sie den Mund.

Thälmann hat immer wieder betont, daß die geduldige und hartnäckige Kleinarbeit in den Gewerkschaften hinführen muß auf ein Ziel: **Den bewaffneten Sturz der Kapitalistenklasse, der imperialistischen Monopolbourgeoisie, auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Und daß die gesamte Arbeit diesem einen Ziel untergeordnet sein muß.**

Von diesem Standpunkt ausgehend hat Thälmann stets die Partei und die Arbeiterklasse erzogen, im Kampf gegen den imperialistischen Gewerkschaftsapparat und gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse zu schmieden. ‚Nicht nur das Verwachsen des Gewerkschaftsapparates mit dem Staatsapparat spielt für uns eine Rolle, sondern die enge Beziehung der reformistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Organisationen mit dem Finanzkapital.'

Wie jämmerlich dagegen die modernen Revisionisten der D'K'P, die den imperialistischen Gewerkschaftsführern Beifall klatschend zur Seite stehen, wenn diese ihre Verratsabschlüsse tätigen, ihre Stillhalteabkommen mit den Kapitalisten schließen. **Ihr Weg ist nicht der des bewaffneten Aufstandes, der Weg Ernst Thälmanns und seiner Genossen, sondern ihr Weg ist der „friedliche, parlamentarische Übergang" zum Sozialismus, der Weg der Mitbestimmung und des ganzen Reformismusschwindels, den Thälmann stets gegeißelt und bekämpft hat.**

Thälmann war es auch, der in der Partei und in der gesamten Arbeiterklasse auf der Grundlage der Beschlüsse der Komintern den Weg in der Gewerkschaftsarbeit gewiesen hat: **RGO – Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Der revolutionäre Zusammenschluß, die Fraktionierung in den Gewerkschaften gegen die imperialistische Führung gegen die Reformisten.**

Wenn sie Thälmanns Worte in den Mund nehmen, so nur um ihren Reformismus und Revisionismus mit dem Ruhm dieses großen Vorkämpfers der deutschen Arbeiterklasse zu tarnen. **Aber welch eine scharfe Waffe die Worte Thälmanns gegen den Revisionismus und Reformismus sind, welche Furcht die Revisionisten vor Thälmann haben, das zeigt sich darin, daß sie ihn entstellen und zensieren müssen, um ihre Lügen glaubhaft machen zu können.**

Die Revisionisten aber, was tun sie? Sie sind es heute, die sich in den Gewerkschaften Lorbeeren bei den Bonzen holen, weil sie gemeinsam mit ihnen gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kämpfen, weil sie Genossen, die mutig für die proletarische Revolution in den Reihen der Gewerkschaftskollegen kämpfen und unermüdlich die reaktionäre Gewerkschaftsführung entlarven, weil sie diese Genossen denunzieren und sie in Zusammenarbeit mit den Bonzen ausschließen.



Zwei rote Jugendvertreter gewählt!

Die Jugendvertreterwahlen bei Osram sind vorbei. Was war dazu in der Lehrwerkstatt nicht alles gelaufen von Seiten der Ausbildungsleitung und dem Betriebsrat – um zu verhindern, daß ja nicht für die nächsten 2 Jahre wieder eine Rote Jugendvertretung gewählt wird.

2 Rote Jugendvertreter von der alten Jugendvertretung wurden wiedergewählt. Hier hat es auch nichts genützt, daß kurz vor der Wahl Geschäftsleitung und Betriebsrat noch den IGM-Jungbonzen Leidig holten. Ging es eigentlich dem Jugendsekretär Leidig darum, bei der Wahl diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die am besten die Interessen der Kollegen vertreten? Sehen wir uns an, was von ihrer Seite gelaufen ist.

Am 12. 6. war Wahlversammlung. Hier wurden wir mit einem Dia-Vortrag gelangweilt, der nur den organisatorischen Ablauf der Wahl beinhaltete. Alles Sachen, die zu dieser Zeit den Lehrlingen schon längst klar waren. Oder schauen wir uns die Flugblätter an, die unter der Überschrift „Jugend der IGM" vom Betriebsrat und der IGM-Verwaltungsstelle herausgebracht wurden – ein Teil der Kollegen, deren Namen unter den Flugblättern stand, bekamen den Text erst zu sehen, als er verteilt wurde. Vorne stand groß von „Solidarität ist unsere Kraft" geschrieben, doch dann hieß es: „Unser Ziel ist es ... und denjenigen eine Abfuhr zu erteilen, die immer nur Sprüche klopfen, deren Ziel es nicht ist, die Ausbildung zu verbessern, sondern das mühsam Erreichte zu zerstören..."

Hier sieht man's: Nicht um Solidarität geht es den IGM-Funktionären, sondern um Hetze gegen kommunistische Kollegen. Dann, wenn Kommunisten sich zur Wahl stellen, wird die IGM und der Betriebsrat auf einmal höchst aktiv: Diese Leute waren es doch, die mit der Aufstellung einer 2. Liste begonnen hatten, der Spalterliste der IGM – wie sie auch genannt wird. Diese Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre Häusler, Rogowski und Co. waren es doch, die die Wahlversammlung verhinderten, die von der alten Jugendvertretung zum 15. 5. geplant war! Und wer schrie nach dem Betriebsverfassungsgesetz, als am letzten Mittwoch, dem Wahltag, Stimmengleichheit bei vier Kandidaten festgestellt wurde? Nach dem Gesetz hätte in diesem Fall wie auf dem Rummel das Los entscheiden sollen.

So sieht die „Demokratie" nach dem Wunsch der Kapitalisten aus! Nein, Kollegen, so wie die Genossen der Roten Garde vorgeschlagen haben, war es genau richtig: wir führen eine Stichwahl durch und wenn Rogowski vom Wahlausschuß da nicht mitmacht – dann eben ohne ihn. Daraufhin trat Betriebsrat Rogowski von seiner Aufgabe im Wahlausschuß zurück, weil er merkte, daß er hier nichts mehr zu sagen hatte – denn auch die anderen Kandidaten erklärten sich mit der Stichwahl einverstanden.

Kollegen, dies war ein Beispiel für wirkliche proletarische Demokratie: denn Jugendvertreter dürfen nicht bestimmt werden, weder eingesetzt noch durchs Los bestimmt werden. Sie müssen gewählt werden von den Kollegen, die sie zwei Jahre lang vertreten sollen.

Und jetzt geht auch schon das Gerücht um, daß die Wahl deswegen angefochten werden soll – Wer daran ein Interesse hat, ist klar: Nicht die demokratisch gewählten 3 Jugendvertreter und die Lehrlinge – allein die Herren von Geschäftsleitung, Betriebsrat und IGM haben ein Interesse daran, auch weiterhin mit schmutzigen Machenschaften die Arbeit der Roten Jugendvertreter zu behindern, wo sie nur können.

Diese Wahl war und ist nicht nur eine Sache der Lehrlinge. Auch die älteren Kollegen können aus den Erfahrungen der Jugendvertreterwahlen lernen, welche Rolle die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre im Dienste der Kapitalisten spielen. Mit genau denselben hinterhältigen Methoden werden diese Herrn arbeiten, wenn sich bei den nächsten Betriebsratswahlen klassenkämpferische Kollegen zur Wahl stellen.

Der „heilige Joseph" - ein Kommunistenjäger!

(aus Rote Garde, Jugendzeitung für die Hamburger Werften)

„Unser Ausbildungsleiter Joseph ist erst seit einem dreiviertel Jahr von den Kapitalisten eingesetzt, dafür zu sorgen, daß wieder ‚Zucht und Ordnung' bei uns Einkehr hält. Innerhalb dieser kurzen Zeit hat er es schon geschafft, sich durch Kommunistenjagd, Rausschmisse von 8 Kollegen, Massenverwarnungen usw. usf. als treuer Diener der Howaldt-Bosse auszuzeichnen. Da kann ihm nicht einmal mehr die D'K'P aus der Patsche helfen.

Diese Herrschaften begrüßten Joseph in ihrem Schmierblatt „Werftecho" folgendermaßen: ‚Nach unseren ersten Einschätzungen nimmt er eine vernünftige und ansprechbare Position ein.' Joseph sagte selbst damals von sich: ‚Mir sind Kommunisten genau so lieb wie alle anderen.'

Inzwischen hat sich gezeigt, wie Joseph das meinte: Er bekämpfte mit dem von den Kollegen abgewählten D'K'P-Jugendvertreter ‚Mügo" gegen den kommunistischen Jugendvertreter Wolfgang. Auf den durch Wolfgangs Entlassung freigewordenen Platz in der Jugendvertretung konnten Geschäftsleitung und Ausbildungsleiter Joseph jetzt den von den Kollegen abgewählten, aber von ihnen hochgeschätzten D'K'P-Mügo nachrücken lassen. Und auch nach Wolfgangs Wiedereinstellung sorgten sie dafür, daß D'K'P-Mügo blieb: Ein anderer Platz wurde frei.

Die Rote Garde bei HDW hatte den Lehrlingen von Anfang an erklärt, daß es nicht darum gehen kann, ob Joseph scheinbar „vernünftig" und „ansprechbar' ist. Wichtig ist, in wessen Interessen er handelt. Die Rote Garde schreibt weiter:

„Und in der Vernunft der Kapitalisten liegt es auch, ihre Büttel so einzusetzen, daß nicht gleich jeder merkt, was gespielt wird. So kam uns auch der ‚heilige Joseph' zunächst ganz ‚vertraulich' und kumpelhaft vor...

Heute ist die Maske gefallen: Nur noch in Begleitung von mindestens zwei Ausbildern will er sich unter die Lehrlinge trauen. Kommunistische Jugendvertreter läßt er durch Werkschutz aus dem Betrieb holen. In übelster Gestapo-Manier versucht er, Kollegen für Spitzel-Dienste zu werben, sie zu erpressen und auszuhorchen. Der Heiligenschein ist entgültig weg.

Und wenn heute Kollegen sagen: ‚Der sieht ja aus wie Adolf Hitler!' so ist das sicherlich nicht allein auf den kümmerlichen Schnauzer auf der Oberlippe zurückzuführen.

Der Aufschwung der Kämpfe und die zunehmende Verankerung der Kommunisten darin sind es, die die Kapitalisten und ihre Knechte im DGB, im Betriebsrat und in der Ausbildungsleitung in ihrer Angst zum Terror übergehen läßt, der manche Erinnerung an die Nazis und Hitler zuläßt.

Die Verräter von der D'K'P sollen uns, indem sie an die „Vernunft' appellieren, von unserem Kampf abhalten. Doch es wird ihnen nicht gelingen. Wir werden die Josephs und Mügos gemeinsam zum Teufel jagen."

Revisionistisches Grossaktionär Tito

Tito, dessen „spezifischer Weg zum Sozialismus" in Wahrheit der Weg kapitalistischer Machthaber war, die heute über Jugoslawien herrschen, weilte jüngst zu Besuch bei den westdeutschen Imperialisten. Tito, der in seiner Jugend einmal selbst in Deutschland gearbeitet hat, wurde von SPD-Kühn angesprochen: „Sie sind ja selbst so eine Art Pionier der Gastarbeiter." „Ich war der erste", antwortete der jugoslawische Staatspräsident und Vorsitzender des Bundes der „Kommunisten" Jugoslawiens stolz und fährt fort: „Wenn ich in Deutschland geblieben wäre, wäre ich wahrscheinlich Großaktionär geworden!" – Wer will da widersprechen!

Sowjetrevionisten verurteilen indischen Eisenbahnerstreik

Den mutigen Kampf der indischen Eisenbahner gegen die Regierung für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen haben Zeitungen der Sowjetunion als „reaktionär" diffamiert. Sie lobten das Ghandi-Regime dafür, daß während des Streiks 30.000 Streikführer und Streikposten eingekerkert worden waren.

Priester in der Sowjetunion

„Die Religion stirbt aus", hatte die Genossin Krupskaja geschrieben zu einer Zeit, als die Sowjetunion noch sozialistisch war. Heute setzen die neuen Kremlzaren alles daran, um Religion und Kirche als Werkzeug zur Unterdrückung der Volksmassen aufzupolieren und zu verbreiten. So teilte ein Kirchensprecher mit, daß etwa 4 mal so viele Jugendliche Priester werden wollen, wie die Kirche selbst benötigt. Viele wären von der „atheistischen" Zeitung „Naturwissenschaft und Religion" bekehrt worden. Das zeigt, daß die modernen Revisionisten unter dem Deckmantel des „Atheismus" in Wahrheit religiöse Lügen und Hirngespinste verbreiten, um so den Einfluß bürgerlicher Ideologie zu stärken.

Jerewan: Kapitalistischer Handel

Am 31. Mai fand in Jerewan der 13. Kongreß der armenischen Konsumgenossenschaften statt. Auf dem Kongreß offenbarte sich, daß der sowjetische Handel die gleichen Erscheinungen aufweist, wie der in den westlichen Ländern und auch die Ursache keine andere ist: kapitalistischer Schacher um höhere Profite.

So mußte die Zeitung „Jerewan Kommunist" angesichts des Tatsachenmaterials zugeben, daß es „hunderte von Fällen des Verstoßes gegen staatliche Einzelpreise, Verstecken der Waren zum Zeitpunkt der größten Nachfrage und von Unredlichkeit bei Gewicht und Menge in Rayon- und Dorfverkaufsläden" gibt.

Auch die Qualität der Waren ist außerordentlich schlecht, so daß im Verlauf der vergangenen Periode 38% der Fertigkleidungsstücke und 37% der Strickwarenerzeugnisse, die der armenische Konsumgenossenschaftsverband erhielt, Mängel aufwiesen und an die Lieferanten zurückgeschickt wurden".

9 Tage Ordnungsstrafen beim Münchner "Werkschutzprozess"

Am Freitag, den 21. 6., fiel nach sechs Verhandlungstagen das Urteil der II. Instanz im Prozeß gegen den ROTEN ANLASSER, Betriebszeitung der KPD/ML bei BMW. Das Münchner Landgericht verurteilte den Verteiler U. E. wegen Personalienverweigerung und Widerstand zu 2.025 DM, den presserechtlich Verantwortlichen der Partei, W. Lukas, wegen „fahrlässiger Verbreitung von Druckwerken strafbaren Inhalts" zu 800 DM Geldstrafe.

Als Genosse Lukas z. B. sagte: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus, ein Handlanger der Kapitalisten tut dem anderen nichts", sprang der Richter auf und schrie: „Sie haben mich hier als Krähe bezeichnet!" – 1 Tag Ordnungsstrafe. Immer wieder versuchte das Gericht die Erklärungen der Genossen zu unterbrechen mit „Begründungen" wie „Verleumdung der deutschen Richterschaft", „Verfassungszersetzende Propaganda" usw. Doch die Genossen ließen sich nicht mundtot machen.

So erschienen am 4. Verhandlungstag etwa 15 Mitglieder einer Klasse des Goethe-Instituts, allesamt Ausländer. In der Verhandlung ergriff ein angeklagter Genosse das Wort und erläuterte ihnen 20 Minuten lang die Faschisierung in unserem Land, die Ziele der Partei und prangerte den Mord an dem Genossen Günter Routhier an. Um keinen schlechten Eindruck auf die Ausländer zu machen, hielt der Richter vorerst an sich, bis er schließich losschrie: „Ihre hochverräterischen Äußerungen kann ich hier nicht länger dulden!" Die ausländischen Studenten waren entsetzt und empört.

Insbesondere gegen den presserechtlich verantwortlichen Genossen W.

Im Dezember 1972 war der ROTE ANLASSER ohne richterlichen Beschluß und ohne Angaben von Grüuden beschlagnahmt. Die Anklage wurde erst im Nachhinein erstellt: Beleidigung des BMW-Werkschutzleiters Schmitz, den der ROTE ANLASSER wegen seines brutalen Vorgehens beim Italienerstreik und bei anderen Gelegenheiten als „Ober-SS-ler" bezeichnet hatte. Auf Drängen der politischen Polizei erstattete Schmitz Anzeige. Dem Verteiler U. E. wurde außerdem Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Er hatte sich geweigert, seine ROTEN ANLASSER herauszugeben und hatte sie unter die BMW-Arbeiter geworfen.

Der Prozeß der I. Instanz wurde zu einem harten Schlag gegen die BMW-Kapitalisten und die Klassenjustiz. Unter anderem stellte sich heraus, daß der BMW-Werkschutz bewaffnet ist. Als die BMW-Kapitalisten sahen, daß sich Schmitz immer mehr verplapperte, befahlen sie dem Gericht, weitere Fragen als „unzulässig" zu verbieten. Das Urteil lautete: Freispruch für den presserechtlich Verantwortlichen W. Lukas, 3 Monate Gefängnis für den Verteiler U. E. Gegen den Freispruch legte die Staatsanwaltschaft sofort Beschwerde ein.

Die jetzt abgeschlossene Verhandlung in II. Instanz begann am 30. 5. und war von Anfang an gekennzeichnet durch eine Atmosphäre des offenen Terrors gegen die angeklagten Genossen und die Zuschauer. Insgesamt wurden 9 Tage Ordnungsstrafen verhängt, z. B. weil die angeklagten Genossen das Gesicht zu den Zuschauern gewandt sprachen, weil die Angeklagten das Gericht als Handlanger der Kapitalisten bezeichneten, weil eine Zuschauerin sich bei der Rechtsanwältin über die Anwesenheit von bewaffneter Polizei beschwerte

Lukas wurde unverhüllt ein Gesinnungsprozeß geführt. Als sogenannte „Beiakten" wurden 8 Ermittlungsverfahren gegen ihn (davon 5 bereits eingestellt!) hinzugezogen, Flugblätter der Partei bis ins Jahr 1971, unter denen sein Name stand, wurden einbezogen. Eine lange Kette von „Belastungszeugen" marschierte auf, die mit der Sache, mit dem ROTEN ANLASSER überhaupt nichts zu tun hatten: z. B. der Staatsanwalt Lancelle, berüchtigt als Ankläger im Pohle-Prozeß, der Ermittlungen gegen W. Lukas geführt hatte, Kriminalobermeister Schneider von der politischen Polizei, über dessen Schreibtisch Ermittlungen gegen Genossen Lukas gelaufen waren, ein Sachbearbeiter der politischen Polizei, der über die Landeskriminalämter Erkundungen über W. Lukas eingezogen hatte („war 1968 Mitglied eines ‚Komitees gegen die Notstandsgesetze'), ein Stabsunteroffizier vom MAD, der für die Einheit zuständig war, in der Genosse Lukas seinen Wehrdienst abgeleistet hat und sogar ein Unteroffizier, der Genossen Lukas einmal beim ROTER-MORGEN-Verkauf vor der Kaserne beobachtet hatte.

Sämtliche Beweisanträge der Genossen aber zur Sache, die das brutale Vorgehen des BMW-Werkschutzes und besonders des Werkschutzleiters Schmitz bewiesen, wurden als „nicht zur Sache gehörig" (!) abgelehnt. **Deutlicher konnte die Bourgeoisie nicht zeigen, daß es ihr hier nicht um Anklage wegen „Beleidigung" oder „übler Nachrede" ging, sondern darum, die kommunistische Agitation und Propaganda, die Partei der westdeutschen Arbeiterklasse, die KPD/ML anzugreifen und einen Schritt weiter in die Illegalität zu treiben. Denn die Verurteilung von W. Lukas ist ein offener Angriff auf jeden, der Flugblätter der KPD/ML unterzeichnet oder verteilt.**

FREIHEIT FÜR W. LUKAS! FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA! VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Hamburger Rechtsreferendare fordern Aufhebung der Isolationsfolter

Die Vollversammlung der Hamburger Rechtsreferendare hat am 19. Juni beschlossen, in einem offenen Brief an den Hamburger Justizsenator Klug gegen die Isolationshaft an politischen Gefangenen und die Behinderung der Verteidiger und der von ihnen ausgebildeten Referendare bei der Verteidigung der politischen Gefangenen zu protestieren. Der Referendarausschuß hat uns gebeten, diesen offenen Brief zu veröffentlichen. Aus Platzgründen können wir das leider nur in Auszügen tun.

In dem offenen Brief heißt es unter anderem:

"Seit in Hamburg politische Gefangene inhaftiert sind, die der Roten Armee Fraktion (RAF) zugerechnet werden, werden die Verteidiger der Gefangenen und die von ihnen ausgebildeten Referendare bei der Verteidigung systematisch behindert. Die Referendare sind für die Dauer des Ermittlungsverfahren von Gesprächen mit Gefangenen und damit von einer Unterstützung der Anwälte bei der Verteidigung ausgeschlossen.

Die Maßnahmen gegen Verteidiger und Referendare sind Teil der Sonderbehandlung der politischen Gefangenen. Die politischen Gefangenen werden in Hamburg wie in anderen Städten der Bundesrepublik vom ersten Tag der Haft an systematisch von allen anderen Gefangenen isoliert. Sie haben Einzelhofgang und sind von allen gemeinschaftlichen Veranstaltungen ausgeschlossen. Ihre Kontaktmöglichkeiten nach draußen (Briefe und Besuche) sind auf die nächsten Angehörigen beschränkt und werden von der politischen Polizei überwacht. Bücher und Zeitschriften werden politisch zensiert und angehalten.

In der Strafanstalt Fuhlsbüttel sind die politischen Gefangenen, die Untersuchungsgefangene sind, in einer Sonderabteilung untergebracht, in der sie voneinander und von den übrigen Gefangenen isoliert sind.

Die Untersuchung der Verteidiger und der Ausschluß der Referendare soll die Verteidigung der Gefangenen erschweren und damit ihre Isolation weiter verschärfen.

Sie (die systematische Isolation der politischen Gefangenen) ist nur damit zu erklären, daß die Justiz hier das Ziel verfolgt, die Persönlichkeit der Gefangenen und ihre politische Handlungsfähigkeit zu zerstören. Auf Dauer angewendet führt die systematische Isolation von allen menschlichen Kontakten zur physischen Vernichtung der Gefangenen. Diese Behandlung kann nur als Folter bezeichnet werden.

Die Vollversammlung der Referendare fordert von Justizsenator Klug:

Wiederherstellung der Verteidigungsrechte der Politischen Gefangenen!

Aufhebung der Isolationsfolter!

Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen!"

Revisionisten sabotieren Kampf gegen faschistischen Lehrer

Korrespondenz:

Ich bin Schüler an einem Gymnasium in Westberlin. An dieser Schule unterrichtet ein Lehrer Biologie, der offen faschistische Ideologien verbreitet. "Jeder ist auf Grund seines Erbgutes genötigt, in einer Hierarchie zu leben und einen bestimmten Platz dort einzunehmen"; heißt es zum Beispiel. Oder: "Da Arbeiter eben ein minderwertiges Erbgut besitzen, können ihre Kinder wiederum nur Arbeiter werden. Auf Grund ihres Erbgutes sind die Kinder nicht in der Lage, Lehrer, Ingenieur usw. zu werden." – "Neger sind dumm". Zwei Schüler, die in einer Biologiearbeit geschrieben haben, daß die Intelligenz von der Umwelt abhängt und keine Erbfrage ist, bekommen promt eine 5.

Zur Wahl der Schülervertretung gab eine Sympathisantengruppe des „Kommunistischen" Oberschülerverbandes (Schülerorganisation der GRF-RM) ein Flugblatt heraus, das mit einem Hakenkruez klarmachte, wo solche „Lehrer" herkommen.

Auf der Vollversammlung der Schülervertretungswahl redete zuerst Michael Rump, FDJ-Bonze (Jugendorganisation der 'S'EW-RM) und ein Juso-Mitglied als Sprecher der alten Schülervertretung. „Die Schülervertretung", hieß es, „distanziert sich davon, daß hier von den Chaoten Lehrer angegriffen werden und wendet sich dagegen, daß auf Flugblättern der Chaoten Hakenkreuze abgebildet werden unter deren Zeichen Millionen Menschen im 3. Reich ermordet wurden." **Über diese unverschämte Verdrehung und Verleumdung waren viele Schüler empört.** Noch mehr, als der Direktor dann praktisch verbot, zu sagen, daß der Biologielehrer faschistische Lehren verbreite.

Ich war darüber so empört, daß ich mich spontan als Kandidat aufstellte, um überhaupt das Wort zu erhalten. **Sofort wurde versucht, mich als Kriminellen hinzustellen, der ja schon einmal im Knast gewesen sei. Als ich erklären wollte, warum ich im Knast war, verweigerte mir der Direktor wie die Vertreter der FDJ das Mirkofon, Kein Wunder, daß gerade die Revisionisten Angst hatten, daß die Schüler den Grund erfuhren. Denn ich bin in der DDR verurteilt worden, weil ich ein Flugblatt gegen die Mauer verteilt hatte.**

Am nächsten Tag erfuhr ich, daß der betreffende Lehrer Anzeige gegen mich und eine Sympathisantin des 'K'OV gestellt habe. Gleichzeitig erklärte der Direktor, daß ich auf Grund „schlechter Leistungen" für die Schule nicht mehr tragbar sei.

Die Schüler waren empört über dieses Vorgehen der Schulleitung.

Die Revisionisten erzählten ihnen, sie sollten sich nicht aufregen: Die Arbeiterklasse habe sich die antifaschistische Schule erkämpft. Alles sei nur ein Ausrutscher.

Wir entlarvten diese Lügen und zeigten, daß dieses Vorgehen der Schulleitung nur Teil der politischen Unterdrückung ist und prangerten die Polizeimorde an Mc Leos, Günter Jendrian und Genossen Günter Routhier an.

Wir werden den Kampf fortsetzen, damit der faschistische Biologielehrer von der Schule verschwindet. Wir werden auch weiterhin die Revisionisten vor den Schülern entlarven.

Tod dem Faschismus! Nieder mit der D'K'P/'S'EW/FDJ - den Hauptfeinden in der Arbeiterbewegung! Vorwärts mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Vom Aufbau des Sozialismus

Atomtest erfolgreich durchgeführt

In einer Erklärung im Hsinhua-Nachrichtendienst vom 18.6. heißt es: "In der ausgezeichneten Lage, in der sich die Bewegung der Kritik an Lin Piao und Konfuzius in die Tiefe entwickelt, führte China am 17.Juni 1974 um 14.oo Uhr (Ortszeit) über dem westlichen Gebiet des Landes erfolgreich einen Atomtest durch. Die Durchführung notwendiger und begrenzter Atomversuche durch China dient ausschließlich dem Zweck der Verteidigung und der Brechung des Atommonopols der Supermächte und letzten Endes der Beseitigung der Atomwaffen. Die chinesische Regierung erklärt nochmals: Zu keiner Zeit und unter keinen Umständen wird sie als erste Atomwaffen einsetzen. Wie stets werden das chinesische Volk und die chinesische Regierung zusammen mit den anderen Völkern und friedliebenden Ländern in der Welt in dem gemeinsamen Kampf zusammenarbeiten, um das erhabene Ziel des völligen Verbots und vollständigen Vernichtung von Kernwaffen zu erreichen."

Erschliessung neuer Erdölvorkommen im nordchinesischen Küstengebiet

Geleitet von der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao erschloß China während der Großen Proletarischen Kulturrevolution ein neues Olfeld, Takang, in einer nördlichen Küstenregion. Das Ölfeld übererfüllte die staatlichen Quoten von 1967 bis 1973 Jahr für Jahr. Die jährliche Steigerung der Rohölförderung betrug im Durchschnitt 60,9% Die Erschließung und der Bau des Ölfeldes von Takang wurden als ein Sieg für die Große Proletarische Kulturrevolution gepriesen.

Takang ist das dritte neue Ölfeld, das China mit eigenen Anstrengungen errichtet hat, die beiden anderen sind Taching und Shengli. Viele geologische Daten zeigen, daß das Ölfeld starke ölführende Schichten mit reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen aufweist. Sein Öl ist von hoher Qualität. Seine Entdeckung und Ausbeutung bedeuten einen Wandel in Chinas Brennstofflage und werden seine industielle und landwirtschaftliche Expansion beschleunigen helfen.

Das Gebiet war eine riesige Salzwüste, als hier 10 000 Arbeiter vom Ölfeld Taching eintrafen. Unter vollem Einsatz ihres revolutionären Geistes trotzten die Schürfer dem beißenden Wind und durchquerten mühsam eisige Sümpfe, um Bohrtürme heranzuschaffen und aufzubauen. Später schlossen sich ihnen Arbeiter von Ölfeldern in Sinkiang, Chinghau und Kansu, sowie demobilisierte Soldaten und Jugendliche mit Schulabschluß an.

Die Bewegung zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius entwickelt sich jetzt auf dem Ölfeld vorwärts.

Die Tiefe dieser Bewegung hat einen Aufschwung für die weitere Entwicklung von Takang gegeben. Das Ölfeld übererfüllte seine Planzahlen im ersten Viertel dieses Jahres und förderte 28% mehr Rohöl als im gleichen Zeitraum 1973. Die tägliche Durchschnittsförderung stieg um 15%. Weitere Ölvorkommen wurden durch Schürfen bestätigt. (nach Hsinhua)

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Brasilien:

Dritter Ausrottungsfeldzug siegreich zurückgeschlagen !

Auch der dritte Ausrottungsfeldzug, mit dem die faschistischen Generale Brasiliens die Freiheitskämpfer im Süden des Landes aufreiben wollten, wurde von den Partisanen in Araguaya erfolgreich zurückgeschlagen. Die Partisaneneinheiten, die seit mehr als zwei Jahren im bewaffneten Kampf stehen, haben in diesen Kämpfen ihre Reihen noch besser gefestigt, sich noch enger mit den Volksmassen verbunden. Sie sind zu einer unüberwindlichen Kraft geworden im Kampf gegen US-Imperialismus und Faschismus.

Am 12. April 1972 griffen Regierungstruppen im Süden des Staates Para, in Araguaya, Bauern in Saum Zhoun do Araguaya an. In der ganzen Umgebung entfesselten sie Massaker gegen die mit der faschistischen Unterdrückung unzufriedenen Bauernmassen. Die Bauern, von diesem Überfall überrascht, organisierten den Widerstand. Kleine Partisaneneinheiten, noch ungenügend bewaffnet, nahmen in den Wäldern von Araguaya den bewaffneten Kampf auf gegen die Regierungstruppen.

Seit diesem Tag wächst die Front der bewaffneten Kämpfer täglich an. Die Kommunistische Partei Brasiliens griff führend in die Kämpfe ein. Sie entlarvte schonungslos die konterrevolutionären Ideologien des Revisionismus und Trotzkismus und führte die Partisaneneinheiten auf der Grundlage einer korrekten, revolutionären Linie von Sieg zu Sieg. Die Bewegung breitete sich wie ein Steppenbrand aus auf andere Gebiete des Staates Para. In den Staaten Para, Maranhao, Goia und Mato Grosso schlossen sich breite Teile der Arbeiter- und Bauernmassen in der revolutionären antiimperialistischen und antifaschistischen Massenorganisation „Union für Freiheit und Rechte des Volkes" zusammen, um gemeinsam mit den Partisanen für die Befreiung vom Joch des faschistischen Geisel-Regimes, diesem Kettenhund des US-Imperialismus, zu kämpfen.

Seit dem 7. Oktober des vergangenen Jahres versuchten die faschistischen Generale zum dritten Mal, diesen Volkskampf unter Einsatz ihrer ganzen Militärmaschinerie niederzuschlagen. Mehrere tausend Soldaten, unterstützt von Kampfflugzeugen und Hubschraubern, besetzten Städte und Dörfer, Bauernhöfe und Plantagen. Spezialtruppen, für den Partisanenkampf ausgebildet, drangen in die Wälder Araguayas ein, um die kleinen, beweglichen Einheiten der bewaffneten Kämpfer aufzuspüren und aufzureiben. Gegen die Bauern und Landarbeiter gingen die Regierungstruppen mit Terror und Mord vor, um die Befreiungskämpfer zu isolieren. Dutzende Personen wurden eingekerkert und bis zum Wahnsinn gefoltert. Auf den Plantagen blieben nur Frauen und Kinder zurück. Die Soldaten setzten Häuser in Brand und zerstörten Lebensmitteldepots. Sie vernichteten die Ernte eines ganzen Jahres. Gegenüber einzelnen Partisanen, die ihnen in die Hände fielen, begingen sie unbeschreibliche Greuel. Die Regierung hatte Befehl gegeben: „Nur Tote, keine Gefangenen!" Die Köpfe enthaupteter Partisanen zeigten sie als „Siegestrophäen" herum. Genossin Elenira Machado wurde bestialisch zu Tode gemartert.

Doch das größte Truppenaufgebot kann keinen Sieg erringen, wenn es entschlossenen, zum Kampf bereiten Volksmassen gegenübersteht! Die Partisaneneinheiten trotzten den Flächenbombardements auf den Wald von Araguaya. Sie verfeinerten ihre Taktik des Partisanenkmapfes: Angreifen, wenn die Lage günstig ist, zurückziehen, wenn der Feind in der Überzahl und nicht zu schlagen ist; niemals feste Stellungen beziehen, sondern in kleinen, beweglichen Trupps, die keine Spuren hinterlassen, aus dem Hinterhalt auftauchen, zuschlagen und wieder verschwinden. So konnten sie die eigene Kampfkraft nicht nur erhalten, sondern stärken, und fügten dem Feind schwere Verluste zu. Viele Soldaten der Geisel-Armee wurden verwundet und getötet, darunter auch ein Offizier der Fallschirmjäger. Agenten, Kollaborateure und Volksfeinde nahmen die Partisanen gefangen und stellten sie vor Gerichte des Volkes.



Der Widerstand der Bevölkerung gegen das Regime wächst.

Angesichts des Widerstandes der Partisanen und der feindlichen Haltung der Bevölkerung, die trotz des Terrors der Regierungstruppen weiter mit den bewaffneten Kämpfern zusammenarbeitete, mußte die Regierung den größten Teil der Truppen aus Araguaya zurückziehen. Und nicht nur dies! Die Volksmassen haben durch ihren entschlossenen Kampf nicht nur das vorläufige Ende des Ausrottungsfeldzuges erzwungen, sie haben dem faschistischen Regime auch Verbesserungen ihres Lebens abgetrotzt! Kein Grundbesitzer wagt heute mehr in den Gebieten von Para, Bauern und Landarbeiter und ihre Familien zu erschlagen oder auszuhungern, wie das noch vor einigen Jahren geschah. Er würde augenblicklich vor ein Volkstribunal gestellt, das die Befreiungskämpfer einberufen, verurteilt und bestraft werden! „Die Sympathie und die Unterstützung durch das Volk wächst täglich", stellen die Partisanen in einem Kommunique fest, das zur Zeit des dritten Ausrottungsfeldzuges, im Dezember 1973, veröffentlicht wurde. „Deshalb erkennt man die Partisanen an als diejenigen, die, ihr eigenes Leben mißachtend, die Bauern und alle Bewohner dieser Region verteidigen. Jeden Tag ergreift das Volk von seinem Recht Besitz und versteht besser, daß die „Union" und der bewaffnete Kampf der einzige sichere Weg sind, um frei zu werden und ein glückliches Leben aufzubauen, das einzige Mittel, um voranzuschreiten zur wahren Befreiung Brasiliens."

Das siegreiche Vorwärtsschreiten des bewaffneten Kampfes in Araguaya, ist für ganz Brasilien, für ganz Lateinamerika ein leuchtendes Beispiel. „Der heroische Widerstand von Araguaya steht für die ersten Schritte eines langen, schwierigen Marsches, in dessen Verlauf das ganze brasilianische Volk aufgerüttelt werden wird, und der alle Ecken und Enden des Landes berühren muß. Im Verlauf dieses großartigen Marsches werden sich ihm immer neue Kontingente anschließen und dem Vorbild der Partisanen Araguayas folgen. Niemals war der nationale Widerstand gegen das Regime der Generale so groß wie heute", heißt es in einer Grußbotschaft der KP Brasiliens an die Partisanen von Araguaya anläßlich des 2. Jahrestages des Beginns des bewaffneten Kampfes.

Die KP Brasiliens wird den Kampf der Einwohner und der Partisanen Araguayas und aller jener, die ein besseres Leben in Gerechtigkeit und Wohlstand wünschen, unerschütterlich unterstützen. Sie wird konsequent dafür kämpfen, daß die Fahne des bewaffneten Kampfes nicht nur im Staate Para, sondern in ganz Brasilien wehen wird. Denn der bewaffnete Volkskrieg ist der einzige Weg zur Freiheit, zum Fortschritt und zur nationalen Unabhängigkeit!"

Aus aller Welt

ITALIEN:
Gegen Preistreiberei und Steuererhöhung, für höhere Löhne, haben die Streikkämpfe der italienischen Arbeiter und Bauern einen neuen Aufschwung genommen. Am 27. 6. traten 1,7 Millionen Landarbeiter in einen 24-stündigen Streik. Die Industriearbeiter zeigten ihre Solidarität durch einen 4-stündigen Streik. Am gleichen Tag streikten die Drucker im ganzen Land, denen sich Journalisten und Fernsehreporter anschlossen.

ENGLAND
Die englische Regierung hat schärfstens gegen die Spionagetätigkeit der sowjetischen Sozialimperialisten protestiert. Die Neuen Kreml Zaren hatten zweimal in den letzten Wochen versucht, britische Erdölbohrungen in der Nordsee auszuspionieren. Russische Spionageschiffe waren bis auf wenige Meter an die Bohrungsstellen herangekreuzt, hatten Messungen und Fotografien angefertigt und dabei das Leben der englischen Arbeiter ernsthaft gefährdet.

KAMBODSCHA
Die Truppen der Volksbefreiungsarmee haben eine neue Offensive gegen die Lon-Nol-Verbrecher begonnen. Bei Kompong Luon kesselten sie die Truppen der Marionettenregierung ein.

PORTUGAL:
Die Militärjunta hat in den letzten Tagen ihre reaktionären Angriffe auf die Arbeiterklasse verstärkt. So ließ sie u. a. ein Versorgungsschiff, dessen Besatzung streikte, von Soldaten besetzen. Das Wasserwerk von Lissabon, das die Arbeiter mehrere Tage lang besetzt gehalten hatten, wurde ebenfalls direkt unter die Kontrolle der Regierung, d. h. der Armee gestellt. Außerdem verhängte Spinola eine scharfe Pressezensur, die jeden Angriff auf die Regierung und die „Demokratie" mit hohen Gefängnis- oder Geldstrafen bedroht.

Spinolas Truppen schiessen auf Arbeiter

Die Militärjunta in Lissabon versucht, mit blumigen Worten die „Lösung des Afrikaproblems am Verhandlungstisch" schmackhaft zu machen. Heimlich aber rüstet sie bereits wieder zu neuen Kämpfen, provoziert sie in Angola und Mozambik mit Terrorakten die Bevölkerung. Denn sie weiß nur zu gut: Die Völker Afrikas werden niemals einem Plan zustimmen, der ihnen nicht die völlige Unabhängigkeit bringt. Diese Unabhängigkeit aber wollen weder die portugiesischen Kolonialisten noch ihre Herren, die US-Imperialisten, den Völkern zugestehen. Statt die Truppen abzuziehen, hat Spinola jetzt die portugiesischen Besatzer in Mozambik „umgruppiert": Die Soldaten werden in „Ballungszentren" umquartiert, um besser gegen die kämpfenden Volksmassen vorgehen zu können. Portugiesische Soldaten eröffneten das Feuer auf Arbeiter in Mozambik, als diese sich weigerten, von einer Militärkontrolle durchsucht zu werden. Fünf Arbeiter wurden erschossen, viele verletzt.

Doch die Völker Afrikas wissen, daß sie den Versprechungen von Räubern und Mördern nicht vertrauen dürfen! Sie haben in den letzten Wochen ihre Kämpfe verstärkt und neue Siege errungen. Einheiten der FRELIMO sprengten in der letzten Woche eine Eisenbahnlinie an 28 Stellen in die Luft und unterbrachen damit den wichtigsten Nachschubweg zur Baustelle des Cabora-Bassa-Staudammes. Portugiesische Militärs berichten voller Wut, daß die Befreiungsstreitkräfte von Angola ihre Stützpunkte in den wirtschaftlich und militärisch wichtigsten Gebieten des Landes ausgebaut und verstärkt haben.

"demonstrativ durchladen"

Auf der Baustelle des Cabora Bassa Staudammes in Mocambique setzten die schwarzen Arbeiter große Lohnerhöhungen in kämpferischen Streiks durch. Daß die westdeutschen Imperialisten immer dabei sind, wenn es um die Ausbeutung der unterdrückten Völker geht, ist nichts Neues. Selten aber haben die Siemens, Krupp Thyssen usw. und ihre Erfüllungsgehilfen so deutlich gesagt, daß sie für ihren Profit über Leichen gehen, wie der Siemens-Oberbauleiter Lange am Cabora-Bassa-Staudamm gegenüber Sternreportern: '...hätte das Militär, das uns bewacht, nur einmal aufmarschieren und nur mal demonstrativ durchladen sollen. Dann wäre der ganze Spuk (die Streiks - RM) vorbeigewesen."

Daß ein gewisser Spuk — nämlich die Herrschaft der Imperialisten über Mocambique — bald vorbei sein wird, daran gibt es allerdings keinen Zweifel. Wahrscheinlich werden unsere schwarzen Klassenbrüder dann angesichts von Typen wie Herrn Lange ebenfalls zu dem Schluß kommen: einfach durchladen....

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter

"Verblichener Geist des KONFUZIUS, Wunschträume NEUER ZAREN"

„Verblichener Geist des Konfuzius, Wunschträume neuer Zaren" – unter diesem Titel ist im Verlag für fremdsprachige Literatur in Peking eine Broschüre zu der Kampagne revolutionärer Massenkritik an Konfuzius erschienen. Sie enthält 2 Kommentare studentischer Kritikgruppen und einen Kommentar eines Hsinua-Korrespondenten.

Auffällig ist gegenwärtig: Während das chinesische Volk unter der Führung seiner Kommunistischen Partei Konfuzius heftig kritisiert und seine Lehren in allen Punkten verurteilt, versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten, Konfuzius als „fortschrittlichen Denker", als „Verteidiger der Volksinteressen", dessen Lehren den , Grundstein für die humanistische Tradition, die Jahrhunderte dauerte" gelegt habe, hinzustellen.

Der revolutionäre Schriftsteller Lu Hsün sagte einmal: „Man sagt jetzt, daß viele Ausländer Chinas alte Kultur hoch einschätzen. Ist das wirklich so? Nein, sie nutzen sie nur aus...Ich glaube, wenn Ausländer China unterjochen sollten ... würde Konfuzius sogar noch mehr verehrt werden."

Konfuzius lebte in der Zeit von 770 bis 476 vor unserer Zeitrechnung. Es war die Zeit, in der die Sklavenhaltergesellschaft ihrem Ende entgegenging, in der die neue Grundherrenklasse zur Macht strebte, um den Feudalismus in ganz China zu errichten. Bereits im 8. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung waren in China Sklavenaufstände losgebrochen. Die Grundherrenklasse wollte der Sklavenhalterklasse die politische Macht entreißen, Chinas Zersplitterung in viele Staaten beenden, um einen zentralisierten Staat des Feudalismus aufzubauen.

Welche Rolle spielte Konfuzius in dieser historischen Klassenkampfsituation? Konfuzius selbst erklärte folgendes zum Kampfziel seines Lebens: „Staaten wieder zur Blüte bringen, die erloschen sind; die Sippenfolge von Familien wieder herzustellen, die ihre Stellung verloren haben; diejenigen ins Amt zurückzurufen, die in Vergessenheit geraten sind." Das ist ein kurzgefaßtes Programm der Konterrevolution. Die chinesischen Genossen stellen fest: **Konfuzianismus ist die Ideologie der im Verfall begriffenen Sklavenhalterklasse, ein reaktionäres ideologisches System, das gegen Fortschritt und Revolution ist und Wiederherstellung der alten Ordnung befürwortet."**

Es ist kein Wunder, daß die reaktionären Klassen in China stets auf die Lehren von Konfuzius zurückgriffen. So war auch der feudalen Grundherrenklasse, als diese ihre Herrschaft durch die Arbeiterklasse und das revolutionäre Kleinbürgertum bedroht sah, der Kampfruf des Konfuzius „Das Alte bewahren!" gerade recht. Darum war in der Bewegung des 4. Mai 1919, die den Übergang von der antiimperialistischen und antifeudalen bürgerlich-demokratischen Revolution zu der vom Proletariat geführten neudemokratischen Revolution in China ankündigte, eine der Hauptparolen: „Nieder mit dem Konfuziusgeschäft!" Später, als in der Volksrepublik China die Diktatur des Proletariats errichtet war, wurden die Doktrinen des Konfuzius zur Plattform für alle inländischen und ausländischen Feinde der Arbeitermacht.

— Anzeige —

VERBLICHENER GEIST DES KONFUZIUS, WUNSCHTRÄUME NEUER ZAREN

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR PEKING

Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.

Anfang der 60-iger Jahre trat Liu Schao-tschi auf den Plan, der in China den Kapitalismus wieder einführen wollte, indem er den Großen Sprung und die Volkskommunen angriff, für die Entwicklung des „freien Marktes", für die Erweiterung der Privatparzellen, für die Eigenverantwortung für Gewinn und Verlust und für die Liquidierung des Kampfes der VR China in ihren Beziehungen zum Imperialismus, Revisionismus und der Reaktion, für die Verminderung der Unterstützung für die Weltrevolution eintrat. **Dieser Erzreaktionär ließ im Geburtsort von Konfuzius, in Schantung, eine Versammlung zur Verehrung von Konfuzius abhalten.** Dort wurde besonders die von Konfuzius aufgestellte Doktrin der „Menschlichkeit" propagiert und erklärt: Menschlichkeit bedeutet, „Menschen als menschliches Wesen zu behandeln". Mit anderen Worten: **die Ausbeuter sollen nicht wie Ausbeuter, die Imperialisten nicht wie Imperialisten, die Verräter nicht wie Verräter behandelt, der Klassenfeind nicht bekämpft werden.** Schon die „Menschlichkeit" des Konfuzius war die „Menschlichkeit" der damals herrschenden Klasse, der Sklavenhalterklasse. Die Sklaven waren für Konfuzius eigentlich gar keine Menschen. Seine „Menschlichkeit" litt es sogar, daß Sklaven von ihren Besitzern getötet wurden. Ein anderes Beispiel der „Menschlichkeit" des Konfuzius: „ ... das gemeine Volk kann zur Arbeit angehalten werden, aber es darf kein Wissen erlangen."

Als Liu Schao-tschi die „Menschlichkeit" des Konfuzius wieder aufwärmte, war völlig klar, worauf das hinauslaufen sollte: die chinesischen Arbeiter und Bauern und ihre Kommunistische Partei sollten die Diktatur über die alten Ausbeuterklassen und alle Elemente, die den Sozialismus stürzen wollten, aufgeben, damit Liu Schao-tschi den Kapitalismus wieder errichten konnte.

Aber die Arbeiter und Bauern Chinas schenkten diesem Aufruf zur „Klassenversöhnung", zur Aufgabe der Diktatur des Proletariats, kein Gehör. Unter der direkten Führung des Genossen Mao Tsetung zerschlugen die chinesischen Volksmassen in der Großen Proletarischen Kulturrevolution das bürgerliche 'Hauptquartier um Liu Schao-tschi. Die sowjetischen Sozialimperialisten machten kein Hehl aus der Tatsache, daß sie den Sturz dieses Erzverräters, der ihr getreuer Lakai war, und den sie zu ihrem Statthalter auserkoren hatten, zutiefst bedauerten. Mit allen Mitteln hatten sie versucht, die von Liu Schao-tschi angeführte bürgerliche Linie zu unterstützen, indem sie ihrerseits den Großen Sprung und die Volkskommunen angriffen und



Auf Dazibaos (Wandzeitungen) wird der Kampf gegen Konfzius und Lin Biao geführt.

gleichzeitig die Doktrinen des Konfuzius als „human" und „brüderlich" priesen.

Ein Häuptling der Sowjetrevisionisten erklärte zum Sturz Liu Schao-tschis, die „gesunden Kräfte Chinas" würden „früher oder später noch ihr entscheidendes Wort sprechen". Während die Schreiberlinge der SU-Imperialisten die Werbetrommel für die konfuzianische Schule, die „für die Einsetzung einer Regierung der Menschlichkeit" einträte, rührten, schwärmte Lin Biao von einer „Regierung der Tugend". Überall propagierte er, das chinesische Volk müsse nach rückwärts schauen, indem er mit Konfuzius erklärte, „die alten Riten" müßten wieder eingeführt werden. Aber auch Lin Biao kam nicht mehr dazu, das von den neuen Zaren herbeigesehnte „entscheidende Wort" zu sprechen. Seine Umsturz- und Mordpläne wurden entlarvt. Lin Biaos Traum, den Kapitalismus in China wieder einzuführen, platzte ebenso wie der Traum der sowjetischen Sozialimperialisten, China zu unterjochen und Lin Biao zu ihrem Marionettenkaiser zu machen, wie eine Seifenblase.

Voller Wut über das Scheitern ihrer Versuche, den Kapitalismus in China wieder zu errichten und sich China zu unterwerfen, hetzen die neuen Zaren gegen die Große Proletarische Kulturrevolution und gegen die revolutionäre Massenkritik an Konfuzius und Lin Biao. Sie jammern, hier werde mit der „fortschrittlichen Tradition gebrochen", in China sei eine „Zerstörung der Kultur" im Gange. Die chinesischen Genossen halten diesen Verrätern am Kommunismus die Worte des Kommunistischen Manifests entgegen: **„Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird."**

Die chinesischen Genossen betonen, daß es seit der Spaltung der menschlichen Gesellschaft in antagonistische Klassen keine „allumfassende Kultur" gibt, sondern daß jede Kultur die Kultur einer Klasse, die der Ausbeuter oder die der Ausgebeuteten, ist. Zwischen diesen zwei Arten der Kultur tobt ein beständiger Kampf. Dabei gilt das Prinzip: **„Ohne Niederreißen gibt es keinen Aufbau, ohne Eindämmen kein Fließen, ohne Stillstand keine Bewegung."** Die überlieferte Kultur muß konkret analysiert werden: **„Man muß einen Unterschied machen zwischen all dem faulen Zeug aus der alten Zeit, das von der herrschenden Feudalklasse hinterlassen wurde, und der alten herrlichen Volkskultur, das heißt dem, was mehr oder weniger demokratisch und revolutionären Charakter trägt."**

Es ist bekannt, daß die Sowjetrevisionisten diesen korrekten marxistisch-leninistischen Standpunkt längst verlassen haben. Sie schreien von der „Kultur des ganzen Volkes", um in Wirklichkeit die Kultur des Proletariats und aller werktätigen Volksschichten zu unterdrücken, während der westlichen imperialistischen Kultur die Tore weit geöffnet werden. Im Gegensatz dazu liegt in der VR China auch die Führung im kulturellen Bereich fest in der Hand der Arbeiterklasse: **„Unser Kampf zur Zerschlagung des Konfuzianismus der geistigen Stütze der Ausbeuterklassen seit tausenden Jahren, ist erst im Aufschwung begriffen. Er wird nun weiter in die Tiefe fortgesetzt. Das Voranstellen des Niederreißens und der Aufbau sind darin schon eingeschlossen. Wir schlagen gerade in unserem großen Kampf zur gründlichen Beseitigung der reaktionären feudalistischen, kapitalistischen und revisionistischen Kultur das neue Kapitel der proletarischen Kultur auf. Angeleitet von der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, wurden in der proletarischen Revolution der Literatur und Kunst in China die Theaterbühnen, die seit Tausenden von Jahren von vornehmen Herren und Damen und deren verzärtelten Söhnen und Töchtern aus den Ausbeuterklassen beherrscht werden, von den Volksmassen zurückerobert."**

Wenn die Sowjetrevisionisten vor diesen Erfolgen der proletarischen Revolution die Augen verschließen, um stattdessen in der Modergruft des Konfuzius zu kramen, ist ihre Absicht klar. Die chinesischen Genossen stellen dazu fest: **„Sie versuchen hartnäckig bereits zugrunde gehende alte Ideen und Kulturen wiederzubeleben, um sie vor dem totalen Untergang zu bewahren. Ihr verbrecherisches Ziel ist es, das Reaktionäre auf jede nur mögliche Weise zu schützen ... und die alte reaktionäre Ideologie als Waffe bei ihrem Angriff auf das Proletariat zu benutzen, um so eine Bresche im kulturellen und ideologischen Bereich zu schlagen und von dort aus den Kapitalismus in China zu restaurieren und China in eine Kolonie der sowjetrevisionistischen neuen Zaren zu verwandeln."**

Aber die neuen Zaren tragen natürlich ihren Angriff auf die Diktatur des Proletariats auch direkt vor. Während sie Konfuzius' „Regieren durch Menschlichkeit" lobpreisen, greifen sie gleichzeitig die Diktatur des Proletariats in der VR China als „totalitär", „despotisch", „gewaltsam" usw. an. Die chinesischen Genossen halten dieser Hetze gegen die Diktatur des Proletariats entgegen: **„Der Marxismus betrachtet den Staat als die Maschinerie für die Klassenherrschaft und als Instrument zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere. Gegenüber den feindlichen Klassen ist er ein Instrument der Unterdrükkung, stellt er eine Gewalt dar und ist keine „humane Einrichtung".**

Die Sowjetrevisionisten dagegen vergessen bei ihrer Bewunderung für Konfuzius nie darauf hinzuweisen, daß die heutige „sowjetische Gesellschaft eine tatsächliche Verkörperung der proletarischen, sozialistischen Humanität" sei, eine „Demokratie für alle Menschen". Dieser Taschenspielertrick stammt noch direkt von Chruschtschow, der mit der Parole vom „Staat des ganzen Volkes" die Diktatur des Proletariats liquidierte, um die Diktatur der neuen Bourgeoisie über die Werktätigen zu errichten. Die chinesischen Genossen stellen dem Humanitätsgeschrei der Sozialimperialisten die Wirklichkeit in der Sowjetunion gegenüber: „In der Sowjetunion gibt es heute überall im Lande Konzentrationslager und ,Irrenanstalten', wo Polizei und Geheimagenten ihr Unwesen treiben, wo Sowjetbürger, die als nicht folgsam gelten, verhaftet und verhört oder in ernsteren Fällen ins Gefängnis geworfen und ermordet werden... Die „Humanität", von der diese Clique redet, besteht in Wirklichkeit in grausamer Unterdrückung der Werktätigen... Es ist genau so, wie es Vorsitzender Mao nachdrücklich sagte: **„Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, einer Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, einer Diktatur von der Art Hitlers."**

An anderer Stelle schreiben die chinesischen Genossen: **„Verzweifelt und auswegslos beschimpfen uns die sowjetrevisionistischen Renegaten als „diktatorisch". Wir sagen dazu, ihr habt recht, denn wir sind tatsächlich so. Die historische Erfahrung der Revolution des Proletariats, insbesondere die schmerzhafte Lehre, gezogen aus der Usurpation der Früchte der Revolution des sowjetischen Volkes durch Euch, ein kleines Häuflein von Renegaten, haben bewiesen: wenn das Proletariat nach dem Sieg der Revolution nicht seine Diktatur verschärft und den Widerstand der Bourgeoisie bei ihrem Versuch einer Restauration nicht entschieden unterdrückt, dann wird Unglück über das Proletariat und die anderen Werktätigen hereinbrechen und wird der sozialistische Staat seine Farbe wechseln."**

Gerade darum betonen die chinesischen Genossen immer wieder die Notwendigkeit, auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats am Klassenkampf festzuhalten, weil das der einzige Weg ist, die proletarische Klassenherrschaft zu verteidigen und zu festigen: **„Die Große Proletarische Kulturrevolution und die in die Tiefe gehende Massenkritik an Lin Biao und Konfuzius sind gerade eine ideologische Revolution zur gründlichen Verurteilung von Feudalismus, Kapitalismus und Revisionismus. Je mehr sich diese Revolution in die Tiefe entwickelt und je größere Erfolge wir dabei erzielen, desto geringer wird die Hoffnung der Sowjetrevisionisten auf eine Restauration des Kapitalismus in China. Das ist der Grund, warum die neuen Zaren angesichts der Kulturrevolution und der Kritik an Lin Biao und Konfuzius in China solche Verzweiflung zeigen."**

Prozess gegen Rechtsanwalt Lang:

Fortschrittliche Rechtsanwälte sollen mundtot gemacht werden

Am 25. 6. 1974 begann vor dem Amtsgericht München ein Strafverfahren gegen Rechtsanwalt Lang wegen „Beleidigung" eines Münchner Staatsanwalts. Vorausgegangen war ein Strafbefehl über 1.000 DM, gegen den Rechtsanwalt Lang Einspruch eingelegt hatte.

Zum Prozeßtermin waren rund 30 Zuschauer erschienen, 8 Rechtsanwälte verteidigten ihren Kollegen Lang. Nachdem ein Befangenheitsantrag gegen das Gericht gestellt worden war, wurden in der Beratungspause die Zuschauer aus dem Flur vertrieben, der Flur abgeschlossen. Der Prozeß wurde vertagt.

Rechtsanwalt Lang selbst sagt in einer offiziellen Erklärung zu dem Prozeß:

Die unverschämte Anklage gegen mich hat vordergründig folgenden Anlaß: Am 11. 10. 1973 verteidigte ich vor diesem Gericht einen der Demonstranten, die in zahlreichen Einzelverfahren wegen angeblichen Landfriedensbruchs angeklagt und brutal verurteilt werden. Diese Demonstranten hatten zum Roten Antikriegstag am 2. 9. 1973 in der Münchner Innenstadt gegen das Verschwendungs- und Notstandsspektakel der damaligen Olympiade im Besonderen und gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus im Allgemeinen protestiert und sich dabei nicht an eine rechtswidrige Polizeiabsperrung gehalten.

In der Hauptverhandlung vom 11. 10. 1973 gegen meinen Mandanten Holger Hobrecker trat der Pflichteifer des Staatsanwalts, um jeden Preis einen Kommunisten als Landesfriedensbrecher in die Strafanstalt zu schicken, besonders abstoßend zu Tage. Nicht einmal die als Zuegen gehörten Polizeibeamten hatten die Version der Anklage bestätigen können. Der von der Verteidigung benannte Zeuge Roßtäuscher hat darüber hinaus im Gegenteil unmißverständlich ausgeführt, daß am Ort des angeblichen Tatgeschehens lediglich die Polizei zur Säuberung der Fußgängerzone auf fliehende Demonstranten bzw. Passanten mit Gummiknüppeln eingeschlagen habe. Er habe noch hinter sich das typische Prasseln und Klatschen der Knüppel gehört.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft jedoch beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme trotzdem die Verurteilung des Angeklagten wegen Landfriedensbruchs. In seinen zynischen Ausführungen scheute er sich nicht, vor aller Öffentlichkeit die Dinge auf den Kopf zu stellen. Aus der Aussage des Entlastungszeugen Roßtäuscher ergebe sich nämlich, daß planmäßig geschlagen worden sei. Dies könnten jedoch nur die Demonstranten gewesen sein. Also beantragte er, den Angeklagten zu der Freiheitsstrafe von 10 Monaten ohne Bewährung zu verurteilen.

Diese unglaubliche Verdrehung griff die Verteidigung in ihrem Schlußplädoyer an das Gericht an. Wenn man die Aussagen des Zeugen Roßtäuscher wie der Staatsanwalt auf den Kopf stelle, um damit zu einer Verurteilung des Angeklagten zu kommen, so sei dies Beweis- und Rechtsbeugung. Diese Formulierung war eher zu mild, um die vom Staatsanwalt versuchte Verdrehung des Sachverhalts zurückzuweisen und um der Empörung des Angeklagten und auch der Öffentlichkeit Ausdruck zu verleihen.

Das Münchner Amtsgericht hatte es damals nicht gewagt, den Angeklagten wie vom Staatsanwalt beantragt, zu verurteilen. Jetzt aber wirkt es offenbar nur zu bereitwillig mit bei dem Versuch, den Angeklagten und seine Verteidigung vor Gericht überhaupt mundtot zu machen...

In den Verfahren wegen des Roten Antikriegstags wird ein Angeklagter vom Münchner Amtsgericht schon dann verurteilt, wenn er sich überhaupt verteidigt. So erhielt der Angeklagte Klaus Singer ebenfalls einen Strafbefehl über 1.000 DM bzw. 50 Tage Freiheitsstrafe, weil er es wagte, die Anschuldigungen der Polizeizeugen als gezielte Unwahrheiten zu bezeichnen und die Brutalitäten der Polizei, denen er selbst und seine Genossen ausgesetzt waren, vor Gericht anzuprangern.

Die Angeklagten des Roten Antikriegstags werden mit Haftbefehlen schikaniert. So mußte der Angeklagte Kercher anderthalb Jahre lang sich jede Woche dreimal bei der Polizei melden. Nachdem ich am 30. 4. 1974 einen schweren Verkehrsunfall hatte und deshalb als Verteidiger meinem Mandanten Kercher mitteilte, der anstehende Termin vom 3. 5. 1974 werde nunmehr mit Sicherheit aufgehoben und er solle sich die Fahrt nach München sparen, erließ das Amtsgericht wegen schuldhaften Ausbleibens des Angeklagten im Termin einen neuen Haftbefehl gegen ihn. **Das ist nicht Rechtsstaat, das ist Terror.**

Die Verteidigung wird in jeder Weise behindert. Einsicht in das vollständige Ermittlungs- und Beweismaterial wird mir bis heute verweigert, insbesondere in die angefertigten Filme, obwohl die Staatsanwaltschaft diese selbst in einen Teil der den selben Komplex betreffenden Verfahren einführt. Die einzelnen Akten sind nach Gutdünken der Staatsanwaltschaft zusammengestellt. Das Amtsgericht München deckt dieses Verfahren. Termine werden grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Verteidigung angesetzt.

Laufend wird die Öffentlichkeit im Verfahren ausgeschaltet. Im Verfahren gegen Klaus Kercher sangen in einer Verhandlungspause etwa 15 Zuschauer ein Solidaritätslied. Darauf wurden sie des Hauses verwiesen und als eine Gruppe erheblich später wieder zurücktraf, nach etwa einer Stunde ohne einen konkreten Grund von einem großen Polizeiaufgebot unter Anleitung der Staatsanwälte Emrich und Wahl willkürlich festgenommen und sämtlich erkennungsdienstlich behandelt.

Weil ich diese Maßnahmen als völlig unverhältnismäßig, „offen rechtswidrig" und als „Terror" bezeichnet habe, wurde von Staatsanwalt Emrich meine vorläufige Festnahme wegen angeblicher Störung einer Amtshandlung veranlaßt.

Im übrigen ist es die Verteidigung, die vor dem Amtsgericht München laufend beschimpft wird. Im Verfahren gegen Lutz Henkel und Wolfgang Herzog erklärte Staatsanwalt Emrich gegenüber den Verteidigern Lang und Becker, die Verteidigung sei „impertinent", ihre Ausführungen seien „Schnick-Schnack". Er erhebe gegen Rechtsanwalt Lang ausdrücklich den Vorwurf der „bewußten Lüge...

Im Verfahren gegen Klaus Kercher erklärte Staatsanwalt Bomba ausdrücklich und ohne daß der vorsitzende Richter Berndel einschritt, für ihn sei der Verteidiger Rechtsanwalt Lang im Hinblick auf das gegen ihn schwebende Verfahren nach § 129 StGB sowie darauf, daß er bereits in Untersuchungshaft gewesen sei, „kein gleichberechtigtes Organ der Rechtspflege".

Das bisherige Ergebnis dieser Prozesse: in 11 Verfahren wurden Freiheitsstrafen von 11 Jahren größtenteils ohne Bewährung ausgesprochen.

Die politische Gezinktheit ihrer heutigen Anklage wird glasklar durchleuchtet, wenn man ein anderes Verfahren bei der Staatsanwaltschaft, beim Landgericht Karlsruhe mit heranzieht. Dort stellte mein Kollege, Rechtsanwalt Croissant am 25.7.1973 Strafantrag gegen Herrn Staatsanwalt Frank wegen Beleidigung, weil dieser ihn in seinem Plädoyer vom 17.7.1973 im Strafverfahren gegen Carmen Roll als 'Scharlatan des Rechts" bezeichnet hatte. Obwohl es sich dort in der Tat um eine gezielte Herabsetzung gerade der persönlichen Ehre meines Kollegen gehandelt hatte, wurde das Verfahren bereits mit Verfügung des zuständigen Oberstaatsanwalts vom 13.8.1973 mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt, da keine Beleidigung vorliege. Jedes weitere Wort hierzu erübrigt sich.

Alle diese Vorgänge sind nur beispielhaft für eine verschärfte politische Klassenjustiz in der Bundesrepublik Deutschland, die den Rechtsstaat über Bord wirft. Der Polizei wird zunehmend bei ihren Knüppeleinsätzen gegen protestierende und demonstrierende Teile der Bevölkerung freie Hand gelassen. Ich gedenke hier in Solidarität des als Zielscheibe eines solchen Einsatzes erschlagenen kommunistischen Arbeiters Günter Routhier.

Erschießungen wie die von Thomas Weißbecker, von Mc Leod, von Richard Epple werden dadurch gedeckt, daß die Ermittlungsverfahren zu den schwurgerichtlichen Verfahren abgewürgt werden.

Dieselbe Staatsanwaltschaft, die mich wegen Beleidigung anklagen will, hatte einen Vertreter in der Nähe des Kommandos, das Günter Jendrian in München erschossen hat und versuchte schon am Tage darauf, den Vorgang durch nachweislich falsche Darstellungen zu verschleiern.

Revolutionäre der RAF werden seit Jahren durch Isolationshaft gefoltert. Des Hungerstreiks der Gefangenen erwehrt man sich in den Strafanstalten, indem man sie durch Wasserentzug verdursten läßt.

Es ist nur konsequent, wenn Verteidiger, die die Justiz der Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Marsch in den Faschismus behindern, eingeschüchtert, von ihren Mandanten getrennt und ausgeschaltet werden soll. Mein Kollege Rechtsanwalt Dr. Croissant ist jetzt von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Augsburg wegen falscher Anschuldigung und Verleumdung angeklagt worden, weil er seinerzeit gegen die Zwangsnarkose von Carmen Roll zum Zwecke der Abnahme von Fingerabdrücken zu Recht Strafanzeige wegen versuchten Mordes gestellt hatte.

Wenn Verteidiger Folter Folter nennen, werden sie straf- und ehrengerichtlich verfolgt. Wenn sie ihre Mandanten besuchen wollen, müssen sie sich beispielsweise nackt ausziehen oder aber wird der Besuch dadurch ganz verhindert, indem man ihn in getrennten Räumen mit lediglich einer Sichtverbindung durch eine kleine Glasscheibe durchführen lassen will. Die Post der Verteidiger wird geöffnet. Die darin enthaltene Kommunikation mit den Mandanten wird neuerdings als Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung zu kriminalisieren versucht. Das beabsichtigte Gesetz zum Ausschluß der Verteidigung ist allgemein bekannt.

Das Verfahren gegen mich liegt auf der faschistischen Linie des von München aus im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf zum angeblichen "Schutz der Rechtspflege" bzw. jetzt zum ' Schutz des Gemeinschaftsfriedens". Ebensowenig wie es dort um den Schutz der Rechtspflege geht, geht es hier etwa um die Ehre. Ginge es um die Ehre, so müßte ich dieses Verfahren wegen angeblicher Beleidigung geradezu als Auszeichnung empfinden, Aber es geht um etwas anderes. **Es geht letztlich darum, daß hier in der BRD die Stabilität der kapitalistischen und imperialistischen Herrschaft brüchig geworden ist. Es ist unverkennbar, daß auch hierzulande der Kampf gegen eine unsinnige und die ganze Menschheit bedrohende Herrschaftsordnung zunimmt und mit ihr der Haß gegen seine willfährige und blinde Justiz, welche sich mit allen Mitteln der Aufrechterhaltung dieses Systems verschreiben will. . . .**

Der Kampf gegen eine solche Justiz wird zunehmen. Die Verhältnisse in der Welt sind so, daß ihr auch ein neuer Faschismus auf Dauer nicht helfen kann".

Es muß im Interesse aller klassenkämpferischen Menschen, aller Kommunisten liegen, diesen Angriff auf einen fortschrittlichen Rechtsanwalt mit einer breiten Solidarität zu beantworten.

Terrorurteile gegen RAF-Genossen

12 Jahre Gefängnis für Genossin Monika Berberich.
Je 10 Jahre für die Genossen Brigitte Asdonk und Eric Grusdat.
9 Jahre für Genossen Hans Jürgen Baecker.
13 und 7 Jahre für die Genossinnen Ingrid Schubert und Irene Goergens.
Das ist der Terror der bürgerlichen Klassenjustiz.

Warum wurden die Genossen zu diesen empörend hohen Gefängnisstrafen verurteilt? Weil sie besonders gerissene Bankräuber sind, wie die Anklageschrift behauptete? Weil sie eine „Kriminellenbande" sein sollten?

Für Bankraub, Einbrüche und andere angebliche Verbrechen hatte die Bourgeoisie in diesem Prozeß ebenso wenig „Beweise" wie vorher in den Prozessen gegen Horst Mahler, Margrit Schiller, Marianne Herzog oder Astrid Proll. Sie hatte auch hier nichts anderes zu bieten als den gekauften Spitzel Ruhland, ein widerliches Subjekt, dem der Lügner und Verräter schon im Gesicht geschrieben steht. Ein Agent, den der Verfassungsschutz heute unter falschem Namen verborgen hält für neue Denunziationen und Greuelmärchen gegen Revolutionäre.

Verurteilt werden die Genossen, weil sie „besonders gefährlich" sind. Gefährlich für die Bourgeoisie – nichts anderes heißt diese Urteilsbegründung. Gefährlich, weil sie „nach wie vor das Ziel gewaltsamer Veränderung verfolgen."

Verurteilt wurden sie, weil sie Revolutionäre sind, weil sie an der Seite des Volkes kämpfen für den Sturz des bürgerlichen Klassenstaates, für den Sozialismus. Weil sie, trotz grundlegender kleinbürgerlicher Fehler und Abweichungen fest und unerschütterlich für die bewaffnete Revolution eintraten. Verurteilt wurden sie, weil auch eine dreieinhalbjährige Untersuchungshaft, weil Isolationshaft und Folter im Gefängnis ihren Kampfgeist nicht brechen konnten. In jahrelanger, qualvoller Kerkerhaft will der Klassenfeind die Genossen der RAF, will er jeden Menschen, der für die sozialistische Revolution kämpft, vernichten.

Aber 61 Jahre Gefängnis für 6 Genossen – das genügt der Bourgeoisie noch nicht! Wenige Tage vor der Urteilsverkündung gegen die Genossen in Westberlin erklärte der Generalbundesanwalt, daß er gegen Andreas Baader und andere Genossen der RAF Anklage wegen „Hochverrats" erheben wolle. Auf „Hochverrat" steht Gefängnis zwischen 10 Jahren und lebenslänglich.

So hätten es die Kapitalisten gern: Revolutionäre, die sie nicht gleich umbringen wie Petra Schelm, Georg von Rauch, wie unseren Genossen Günter Routhier, in lebenslänglicher Isolierhaft „unschädlich" zu machen.

Aber eine Anklage wegen „Hochverrates" bedeutet nicht nur eine Verschärfung des Urteilsmaßes. Eine solche Anklage ist ein hinterhältiger Angriff auf die ganze Arbeiterklasse und auf die Partei des Proletariats. Versuchte die Bourgeoisie bisher, die Partei und revolutionäre Organisationen als „kriminelle Vereinigung", als „Bankräuber, Polizistenmörder und Gewalttäter" zu diffamieren, so argumentiert sie jetzt offen politisch. Hochverrat, das heißt: Verurteilung als Staatsfeind. Das heißt: der Kampf für die Revolution wird offen als „kriminelles Delikt" bestraft. Die Bourgeoisie macht sich keine Mühe mehr, Kommunisten Raubüberfälle, Diebstähle oder Erpressungen in die Schuhe zu schieben, um sich zu tarnen. Vor vier Jahren noch, im Münchner Kommunistenprozeß, erklärte der Richter: „Daß die Angeklagten Kommunisten sind, hat nichts damit zu tun, daß sie jetzt auf der Anklagebank sitzen." Heute, mit der Anklage wegen „Hochverrates" gegen Revolutionäre, läßt die Justiz diese Maske fallen und gesteht unverblümt: „Nicht weil Ihr Verbrechen begangen habt, sondern weil Ihr Revolutionäre seid, werdet Ihr verurteilt." Immer deutlicher wird für jeden fortschrittlichen Menschen: Diese Justiz war und ist nichts anderes als ein Werkzeug der Kapitalistenklasse zur Sicherung ihrer Diktatur über das Volk.



Solidaritätsdemonstration für die Genossen der RAF

Jahrelang hatte die Bourgeoisie darauf hingearbeitet, die Partei des Proletariats, die KPD/ML, als „kriminelle Vereinigung" zu verbieten. Der Kampf der Partei hat diese hinterhältige Absicht zunichte gemacht: der Klassenfeind mußte unsere Partei auch nach bürgerlichem Recht als Partei anerkennen. Das heißt: ein Verbot nach § 129, als „kriminelle Vereinigung", droht momentan nicht. Aber die Bourgeoisie hat ihre Verbotsabsichten nicht aufgegeben und wird sie nicht aufgeben. Der Generalbundesanwalt hat jetzt den Weg gezeigt, den der bürgerliche Staat einschlagen will: Einkerkerung der Revolutionäre wegen „Hochverrates", Verbot der Partei wegen „Verfassungsfeindlichkeit".

Der neue Angriff auf die Genossen der RAF ist ein direkter Angriff auf die revolutionäre Arbeiterbewegung und auf die KPD/ML, dem wir entschieden entgegentreten müssen.

Aber in diesem Angriff zeigt sich auch die ganze Schwäche der Bourgeoisie. Die Tatsache, daß Revolutionäre wegen „Hochverrates" angeklagt werden sollen, zeigt, daß die Taktik der Bourgeoisie, Kommunisten als „Kriminellenbanden" zu verteufeln, gescheitert ist. Kein fortschrittlicher Kollege kauft der Klassenjustiz die Lüge von der „kriminellen Vereinigung" noch ab. Die wachsende Faschisierung in der Bundesrepublik ist nicht ein Zeichen für die Stärke des Klassenfeindes, sondern ein Zeichen für seinen nahenden Untergang. Keine Verurteilung wegen „Hochverrat" kann einen Kämpfer der Revolution brechen. Kein Verbot wegen „Verfassungsfeindlichkeit" kann die Kommunistische Partei zerstören.

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Wagner
Dresdner Bank, Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81355107

SPENDENKONTO DER ROTEN HILFE:
Held, Stadtsparkasse Gelsenkirchen
Girokto Nr.: 222086335

Nazimörder freigesprochen

Genossen Fiete Schulze, den die Hitlerfaschisten ermordeten, wurde in den letzten Tagen vom Verfassungsgericht als „Mörder" diffamiert. Wer in der Bundesrepublik gegen die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates kämpft, der muß mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen rechnen.

Die SS-Schergen und Nazihenker jedoch, die Tausende auf dem Gewissen haben, werden von der bürgerlichen Justiz gewöhnlich freigesprochen. Zwei neue Fälle wurden in der letzten Zeit bekannt:

KARLSRUHE:

Als Arzt hatte Kurt Borm 1941 den Hitlerfaschisten in sächsischen Tötungsanstalten geholfen, 6.652 Geisteskranke zu ermorden. Seine Aufgabe war es, die Kranken noch einmal zu „untersuchen", bevor sie in die Gaskammern, die als Duschraum getarnt war, gebracht wurden. Beihilfe zu heimtückischem Mord an 6.652 wehrlosen Menschen!

Erst 1972, 27 Jahre nach dem Ende des Hitlerfaschismus, wird dieser Mann wegen Beihilfe zum Mord angeklagt – und freigesprochen. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat jetzt dieses Urteil noch einmal bestätigt. Die Begründung dieses Urteils ist ein unerhörter Hohn und ein erneutes Verbrechen an allen Opfern des Naziregimes: Der Angeklagte habe geglaubt, es handle sich um einen „Akt der Barmherzigkeit"!

Schergen des Naziregimes werden als „Barmherzigkeitstäter" freigesprochen! Das ist die Justiz der herrschenden Klasse, der deutschen Imperialisten, die für die Verbrechen des Hitlerfaschismus verantwortlich zeichnen und heute ihre damaligen Schergen schützen!



Millionen von Menschen wurden von den Faschisten ermordet

KIEL:

Auch der Mörder Gerhard Riedel wurde freigesprochen, der 1944 in Rußland sieben russische Partisanen in einem Gaswagen umgebracht hatte.

7 gefesselte Freiheitskämpfer in einen Gaswagen einzusperren und dann Giftgas einzulassen, das ist nach Auffassung des Gerichts nicht „grausam". Denn die Partisanen seien nach höchstens 80 Sekunden bewußtlos geworden, hätten also keinerlei Schmerzen mehr empfunden.

Ein Mord, der nicht mit Grausamkeit und Heimtücke begangen wird, ist jedoch kein Mord, sondern Totschlag. Totschlag aber ist längst verjährt. Freispruch!

Es ist nicht grausam, Menschen in einem Gaswagen zu vergiften. Es ist nicht heimtückisch, Antifaschisten und Partisanen umzubringen, befindet das Gericht. Denn: Die Partisanen seien ja nicht arglos gewesen, hätten um die Existenz solcher rollender KZs gewußt.

Mit anderen Worten: Die sieben Kämpfer haben sich ihren Tod selbst zuzuschreiben. Sie wußten schließlich, auf welches Risiko sie sich einlassen, wenn sie es wagen, gegen die Hitlertruppen aufzustehen!

Noch ungeheuerlicher wird dann die Begründung des Freispruchs, wenn Richter Hartwig befindet: „Die Handlungsweise Riedels kann nicht mit nationalsozialistischen Gewaltverbrechen verglichen werden."

Es waren Kommunisten, die Riedel umbrachte. Kommunisten zu ermorden, das ist kein „Gewaltverbrechen", das ist in den Augen der Bourgeoisie auch heute eine gute Tat. Der Mord an Günter Routhier zeigt es.

Leute wie Riedel weiß die Bourgeoisie zu schätzen! Dieser Mörder war Kriminalhauptkommissar – nicht unter Hitler, sondern in der Bundesrepublik.

Soldatenkorrespondenz:

Knast für revolutionären Soldaten-V-Mann

Die Kameraden der Sanitätsstaffel der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg hatten den revolutionären Soldaten Manfred F. zum Vertrauensmann gewählt. Dieser rebellischen Sanitätsstaffel galt schon seit längerem der Haß Oberstleutnant Rodewalds, Kommandeur der Kaserne.

Unter einem Vorwand wurde jetzt der revolutionär gesinnte Vertrauensmann dieser Staffel für den Rest seiner Wehrpflichtzeit – rund drei Wochen – und noch einige Tage darüber hinaus – eingesperrt.

In einem Extrablatt des „Roten Marder", Hamburger Soldatenzeitung der KPD/ML und der ROTEN GARDE heißt es dazu:

„Erstmalige wird damit bei den Disziplinierungsversuchen der Sani's und wehrpflichtigen Ärzte in der Hanseatenkaserne zu einer erheblichen Knaststrafe gegriffen... Wir fordern: Sofortige Freilassung des revolutionären Vertrauensmannes der Sanitätsstaffel in der Hanseatenkaserne, Manfred-J. F.!"

„Über einen weiteren Fall müssen wir hier berichten" – heißt es in dem gleichen Extrablatt – „über einen Kameraden aus der Boehm-kaserne in Rahlstedt, der mit geschwollen geschlagenen Lippen in der Nachbarzelle von Manfred F. saß: Der Kamerad hatte sich „eigenmächtig" für einige Tage aus der Kaserne entfernt, weil seine Frau erhebliche Schwierigkeiten mit ihren Eltern hatte.

Prompt kamen die Feldjäger – drangen in die Wohnung ein, zerrten den Kameraden aus dem Kleiderschrank – schlugen ihn noch in der Wohnung zusammen, als er sich dagegen wehrte, nur in Unterhose abgeführt zu werden. Die Feldjäger führten ihn trotzdem nur in Unterhosen mit angelegten Handschellen quer durch sein Wohnviertel – und karrten ihn bei extra abgestellter Heizung und bei offenem Fenster in den Knast der Boehmkaserne. Noch stundenlang waren seine Handgelenke von den zu fest angezogenen Handschellen angeschwollen.

Kameraden, wir wissen, daß viele in der Hoffnung ihren Dienst abreißen, daß sie im Ernstfall sich noch verdrücken können... ins Ausland zum Beispiel. Aber dieses Beispiel zeigt: wenn die brutalen verhetzten Feldjäger schon im Frieden bei Abwesenheit von fünf Tagen von der Truppe so übel vorgehen – wie dann erst im Kriegsfall – gegen Fahnenflüchtige.

Deshalb, das zeigt auch dieses kleine Beispiel, gibt es für jeden Soldaten, der den imperialistischen Krieg nicht will, nur einen Ausweg: Im Ernstfall – die Gewehre umgedreht!"

Bei Panzerschau für persische Faschisten:

5 "Marder" kamen nicht vom Fleck

Über Pfingsten kamen in unsere Kaserne in Westburg mehrere hohe iranische Offiziere angereist, um den Panzer 'Marder" zu prüfen. Was die westdeutschen Imperialisten und die Schah-Faschisten mit dem "Marder" im Iran vorhaben, das kann man sich denken: Auf unsere Klassenbrüder in Persien, in Oman und Dhofar wollen sie damit schießen, um ihre Erdölprofite zu sichern. Nicht umsonst haben die Imperialisten der ganzen Welt den Iran heute zu einer der größten Militärmächte ausgebaut.

Dienstags sollte die Vorführung sein. In der Woche davor hatten die Offiziere "Proben" angesetzt, um ja sicher zu gehen, daß die iranischen Militaristen nichts auszusetzen haben.

In dieser Woche lagen Flugblätter der Partei in der Kaserne aus, die das Komplott zwischen den Bonner Imperialisten und den Schah-Faschisten entlarvten. 'Machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung! Zeigen wir am Dienstag unsere Solidarität mit dem kämpfenden persischen Volk", hieß es darin. Die Offiziere tobten. Wo kamen diese Flugblätter her? Eiligst ließen sie die letzten einsammeln.

Am Mittwoch begann die Generalprobe. 16 Panzer waren aufgefahren.

Von diesen 16 Panzern kommen 5 überhaupt nicht vom Fleck, 2 bleiben nach einigen Metern Fahrt stehen.

Am Nachmittag ist Probeschießen. Geschossen werden kann nur noch aus 3 Panzern. Der Funk ist gestört.

Am Donnerstag und Freitag bei den Übungen das gleiche Bild.

Der Wirbel unter den Offizieren ist unbeschreiblich. Daß ein Panzer ausfällt, kann mal vorkommen. In Ausnahmefällen vielleicht auch zwei. Aber das hier – das ist Sabotage!

Für die Vorführungen Dienstags haben dann die westdeutschen Militaristen alles bis ins kleinste vorbereitet: kein Soldat kommt mehr an die Panzer heran, ehe nicht das Kommando „Aufsitzen" ertönt.

Schüler kämpfen um ihre Lehrerin

Genossin Beate K. ist Lehrerin an der Anette von Droste Hülshofschule in Duisburg Neudorf, dem Viertel, wo Genosse Günter Routhier gewohnt hatte. Mehrmals schon drohte ihr die Schulbehörde mit Versetzung oder Entlassung. Nach der Ermordung des Genossen Günter und dem Polizeiüberfall auf den Trauerzug am Tag seiner Beerdigung soll Genossin Beate jetzt rausfliegen.

Die Genossin berichtete davon sofort ihren Schülern. Sämtliche Klassen, in denen sie unterrichtet, Kinder zwischen 13 und 15 Jahren waren hell empört. Sie organisierten sofort den Widerstand. Sie begannen, Wandzeitungen zu malen, ein anderer zog in der großen Pause sofort ein kurzes Flugblatt ab und verteilte es im Hof, andere sammelten Unterschriften – 5 Listen – an einem einzigen Vormittag.

Wo die Genossin auch auftauchte, war sie von Schülern umlagert, in der Pause, auf den Gängen; in einer Klasse, wo sie Nachhilfeunterricht geben wollte für 10 Kinder, war die ganze Klasse, etwa 40, versammelt. Eine andere Klasse beschloß, nach dem Unterricht dazubleiben, um zu diskutieren und Kampfmaßnahmen zu planen.

Im Mittelpunkt stand die Ermordung des Genossen Routhier. Die Kinder hatten den Terror der Polizei selbst miterlebt. Überall bei ihnen zu Hause hatten sie, ihre Eltern und Nachbarn darüber gesprochen und das brutale Vorgehen der Polizei verurteilt. Ein Schüler erzählte: „Mein Vater ist bei der Feuerwehr. Kurz bevor Günter Routhier beerdigt wurde, riefen sie da eine Versammlung ein. Den Feuerwehrleuten wurde erzählt, Günter sei zu Hause die Treppe hinuntergefallen, und wir sollten den Kommunisten nichts glauben." Ein anderer berichtete: „Am Tag der Beerdigung wurde mein Vater von mehreren Polizisten auf der Straße angehalten und nach Waffen durchsucht. Ein Taschenmesser, das er bei sich hatte, beschlagnahmte die Polizei. Er mußte seine ganzen Personalien angeben."

Die Kinder sind sich einig: Das Geschwätz von „Demokratie" und „Freiheit", das ihnen im Gemeinschaftskundeunterricht eingeredet wird, ist leeres Gerede, ist Lüge. Sie planen für die nächste Woche Aktionen, um gegen die Entlassung ihrer Lehrerin zu kämpfen.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ○ B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße..........

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr.

DORTMUND: Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER: Elisenstr. 20.

KIEL: Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM: Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18 Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.